Petra Stykow Russland

1 Ein politisches System zwischen Demokratie und Autokratie

Das politische System Russlands hat sich seit Ende der 1980er-Jahre tief greifend gewandelt. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus bildete sich bis gegen Mitte der 1990er-Jahre eine fragile "elektorale Demokratie" heraus, deren Dynamik spätestens seit Beginn des neuen Jahrtausends immer deutlicher autoritäre Züge annahm. Unter westlichen und vielen russländischen Politikwissenschaftlern ist unstrittig, dass im vergangenen Vierteljahrhundert zwar die Basisinstitutionen der Demokratie entstanden sind, das Zusammenspiel der politischen Institutionen und ihre tatsächliche Relevanz von demokratischen Standards jedoch erheblich abweichen.

Dennoch gibt es keinen Konsens über die Bewertung der Systemqualität, für die Bezeichnungen wie "Fassaden-", "imitierte" oder "illiberale" Demokratie, "hybrides Regime", aber auch "semi-" oder "kompetitiv-autoritäres" Regime anzutreffen sind. Freedom House stufte Russland zwischen 1993 und 2003 als "elektorale Demokratie", seit 2004 aber als "unfrei" ein; seit 2009 gilt es – ebenso wie Belarus, fast alle zentralasiatischen Länder sowie Aserbaidschan – als "konsolidiertes autoritäres Regime" (FH 2013). Im Unterschied dazu diagnostiziert Polity IV eine "schwache", nichtinstitutionalisierte Demokratie (Marshall/Cole 2011: 33); ähnlich identifiziert der Bertelsmann Transformation Index eine "stark defekte" Demokratie (BTI 2012).

In der offiziellen Selbstbeschreibung ist Russland eine Demokratie. Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts brachte die Präsidialadministration zunächst die Bezeichnung "gelenkte Demokratie" (genauer: "lenkbare Demokratie") auf. Damit sollte ein weitgehender politischer Steuerungsanspruch durch Verweis auf das noch unzureichende Niveau der gesellschaftlichen Selbstorganisation legitimiert werden. Da die Demokratie bisher nicht von unten herangereift sei, müssten ihre Funktionsbedingungen von oben geschaffen werden. Seit dem Frühjahr 2005 wurde dieses Konzept durch das der "souveränen Demokratie" verdrängt, welches betonte, dass der völkerrechtlichen Souveränität und globalen Wettbewerbsfähigkeit Russlands auch Eigenheiten des politischen Systems entsprächen, die vom "westlichen Modell" abweichen (Suverennaja demokratija 2007; s. auch Richter 2009a).

Beide Konzepte dienen keineswegs nur dazu, die Re-Autoritarisierung des politischen Systems propagandistisch zu bemänteln, sondern sind auch als Versuche zu sehen, die weitreichenden Gestaltungsansprüche des Staates intellektuell kohärent zu formulieren, ideologisch zu begründen und normativ zu rechtfertigen. Auch viele Politikwissenschaftler in Russland – darunter Kritiker der aktuellen Entwicklungen vertreten die Auffassung, dass das Land einer besonderen, nicht-westlichen Form der Demokratie bedürfe, deren Institutionen traditionellen Werten der russländischen Gesellschaft wie Etatismus, Paternalismus, Egalitarismus und Konsensorientierung zu entsprechen hätten.

Angewandt auf Russland führt das Instrumentarium der vergleichenden Politik wissenschaft zu wichtigen Einsichten in den Charakter des politischen Systems, stößt aber auch an Grenzen. Dies wird deutlich, wenn ich im Folgenden auf der Grundlage zunächst einer formalen Verfassungsanalyse die internationale Diskussion über die Klassifizierung des Regierungssystems resümiere und zeige, dass letztlich keine der gängigen Interpretationen angemessen ist (Kap. 2). Im Anschluss daran gehe ich auf die eigentümliche Interdependenz formaler und informeller Institutionen und Organisationen ein, welche das politische System Russlands charakterisieren (Kap. 3). Anhand ausgewählter Beispiele für *political engineering* zeige ich danach, dass die Eliten formale Institutionen, wie sie aus Demokratien bekannt sind, mithilfe informeller Praktiken für die Reproduktion und Stabilisierung des Regimes umdeuten, modifizieren und "umnutzen" (Kap. 4).²

2 Analyse der formalen Institutionen: Das Regierungssystem

2.1 Verfassungsregelungen

Der Verfassungsgebungsprozess für das neue Russland begann im Juni 1990, noch vor dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion am Jahresende 1991. Die seit 1978 geltende sowjetrussische Verfassung wurde in mehreren Schritten revidiert: Der Führungsanspruch der kommunistischen Partei wurde gestrichen. Eingeführt wurden die Prinzipien der Gewaltenteilung und des Föderalismus und das Amt des Präsidenten. Entsprechend des sowjetischen Prinzips der Gewalteneinheit blieb die oberste Staatsgewalt zunächst aber weiterhin beim Volksdeputiertenkongress.

Diese Widersprüchlichkeit der Verfassung ermöglichte es sowohl der Präsidialexekutive – welche seit der Wahl Boris Jelzins (Juni 1991) die Basis pro-demokratischer Akteure bildete – als auch dem Parlament – das aus den letzten sowjetischen Wahlen (März 1990) hervorgegangen war – konkurrierende Machtansprüche zu erheben, als sich Russland als souveräner Staat konstituierte. Die "Doppelherrschaft" von Präsident und Parlament führte zu einer Staats- und Verfassungskrise, die Jelzin im Oktober 1993 mit militärischer Gewalt zu seinen Gunsten beendete.

Im Dezember 1993 wurde die bis heute gültige und seitdem nur wenig veränderte neue Verfassung per Referendum angenommen.³ Sie bezeichnet Russland als "demokratischen föderativen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform" (Art. 1) und schreibt Grundprinzipien wie Menschenrechtsbindung des Staates, Sozialstaatlichkeit, Eigentumsgarantie, Gewaltenteilung, Pluralismus und Gleichheit der Religionen fest. Den institutionellen Aufbau des Staates regelt die Verfassung nach dem Prinzip der "Teilung in die gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt" (Art. 10). Als Organe der Staatsgewalt werden der Präsident, die Föderalversammlung, die Regierung und die Gerichte der Föderation (Art. 11) genannt. Der Präsident ist "Staatsoberhaupt" und "Garant der Verfassung der Russländischen Föderation sowie der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers". Er verfügt über die Richtlinienkompetenz in der Innen- und Außenpolitik und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Der Präsident wird direkt für vier – seit 2012 für sechs – Jahre gewählt; er kann das Amt nur für zwei Amtszeiten in Folge innehaben.

Der in der Verfassung fixierte Föderalismus nimmt einige Anleihen beim deutschen unitarischen Modell. Er erscheint aber als deutlich asymmetrisch, weil seine Bestandteile sozioökonomisch und politisch sehr heterogen sind und keinen einheitlichen Rechtsstatus aufweisen (Heinemann-Grüder 2000, Ross 2012). Die Verfassung sieht Politikfelder in der Alleinzuständigkeit des Zentrums (Geld-, Verteidigungs- und Außenpolitik), einige Gemeinschaftsaufgaben (Bildung, Umweltschutz) und nur wenige residuale Kompetenzen für die Regionen vor. Daneben werden wesentliche Bereiche der Staatsorganisation auf gesetzlicher Grundlage definiert (Vertrags- und Gesetzesföderalismus), was den russländischen Föderalismus vergleichsweise wenig verfassungsrechtlich abgesichert erscheinen lässt (Nußberger 2010a: 36–37).

Das Parlament, die Föderalversammlung, besteht aus zwei Kammern. Die erste Kammer ist die Staatsduma mit 450 Mitgliedern, welche alle vier (seit 2011: alle fünf) Jahre neu gewählt wird; Mandat und öffentliches Amt sind strikt voneinander getrennt. Das in seinen Kompetenzen schwächer ausgestattete Oberhaus, der Föderationsrat, vertritt die Interessen der Regionen, die jeweils zwei Repräsentanten entsenden. Der Wahlmodus für beide Kammern wird per Gesetz geregelt. Bis zum Jahre 2003

¹ Die genannten Begriffe sind in den letzten Jahren seltener verwendet worden, ihr Kern – ein eigenständiger, nicht von außen diktierter Weg zu einer Demokratie, welche institutionell und prozedural an den historisch-kulturellen Kontext ebenso angepasst ist wie an die Anforderungen der globalisierten Moderne – bleibt jedoch aktuell (Putin 2012).

² Für Hinweise und Kommentare danke ich Nele Quecke und Fabian Burkhardt.

³ Siehe Verfassung (1993); für eine ausführliche Verfassungsanalyse s. Nußberger (2010a); zum Verfassungsgebungsprozess siehe z. B. Bos (1996).

⁴ Die Verfassung nennt nationalstaatliche (21 innerrussische Republiken), national-territoriale (zehn autonome Kreise, ein autonomes Gebiet) und administrativ-territoriale Gebilde (55 Regionen, darunter 49 Gebiete und sechs Bezirke, sowie zwei "Städte föderaler Bedeutung"). Seit 2008 beträgt die Anzahl dieser "Föderationssubjekte" aufgrund von Zusammenschlüssen nicht mehr 89, sondern nur noch 83.

wurden die Duma-Mandate zu gleichen Anteilen nach Mehrheits- und Verhältniswahl (mit fünfprozentiger Sperrklausel) vergeben (Grabenwahlsystem), seit 2005 gilt ein Verhältniswahlrecht mit sieben- (seit 2011 fünf-)prozentiger Sperrklausel. Der Modus für die Bestellung der Mitglieder des Föderationsrats wurde mehrfach geändert. Nach Direktwahlen (1993) rekrutierte er sich aus den Oberhäuptern der regionalen Exekutiven sowie Legislativen (1996–2000) und seit 2002 aus weisungsgebundenen gewählten bzw. ernannten Delegierten der Regionen.

Die Staatsorgane sind Kooperationszwängen unterworfen. Bei der Gesetzgebung müssen Präsident, Regierung und Parlament zusammenwirken: Ebenso wie der Föderationsrat und dessen Mitglieder, die Duma-Abgeordneten, die Regionalparlamente und die drei höchsten Gerichte haben der Präsident und die Regierung das Recht der Gesetzesinitiative. Der Präsident unterschreibt Gesetze, und er kann ein suspensives Veto einlegen, das nur durch eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern zu überwinden ist. In einigen Politikfeldern sowie bei internationalen Verträgen müssen beide Kammern zustimmen. Der Präsident hat das Recht, Referenden anzusetzen. Ähnlich wie in lateinamerikanischen präsidentiellen Systemen verfügt er zudem über Dekretrechte in Fragen, für die kein föderales Gesetz existiert, tritt also auch alleinzuständig als Legislative auf.

Der Präsident muss bei der Ernennung des Vorsitzenden der Regierung mit dem Parlament kooperieren. Er schlägt der Duma seinen Kandidaten zur Bestätigung vor. Lehnt sie den Vorschlag drei Mal ab, muss der Präsident die Kammer auflösen und Neuwahlen ansetzen. Nur in zwei Situationen wagte das Parlament bisher diese Mutprobe; beim ersten Mal (Frühjahr 1998) erhielt der Kandidat des Präsidenten im dritten Wahlgang die Zustimmung der Mehrheit der Parlamentarier; beim zweiten Mal (Sommer 1998) gab Jelzin nach.

Die Rechtsprechung wird laut Verfassung von 1993 durch die Verfassungs-, Zivil-, Verwaltungs- und Strafgerichtsbarkeit ausgeübt, die Unabhängigkeit der Richter ist ebenfalls festgeschrieben. Die höchsten Gerichte sind das Verfassungsgericht, das Oberste Gericht und das Oberste Wirtschaftsgericht. In die Zuständigkeit des Verfassungsgerichts⁵ fallen die Normenkontrolle, die Individualbeschwerde und die Schlichtung von Kompetenzkonflikten zwischen den Ebenen des Staates. Zudem verfügt das Gericht über das Recht der Verfassungsauslegung. Seine 19 Richter werden auf Vorschlag des Präsidenten vom Föderationsrat gewählt (Nußberger 2010a: 45–47).

Insgesamt räumt die Verfassung von 1993 dem Präsidenten eine dominante Stellung im politischen System ein. Eine vergleichende Vermessung seiner Kompetenzen und der des Parlaments erbringt einen klaren Befund: Entsprechend seiner konstitutionell verbrieften Vollmachten gehört er zu den stärksten Staatsoberhäuptern im post-

sozialistischen Raum. Im Regionalvergleich erweist sich die Föderalversammlung zwar besser gestellt als die Parlamente der zentralasiatischen Länder und von Belarus, sie ist aber schwächer ausgestattet als zwei Drittel aller Parlamente weltweit (Fish/Kroenig 2008: 756–757, Fortin 2013, Schleiter/Morgan-Jones 2008).

2.2 Ein (semi-)präsidentielles Regierungssystem?

Die typologische Einordnung des Regierungssystems Russlands ist umstritten. Überwiegend wird eine Variante des Semipräsidentialismus identifiziert (z.B. Colton/Skach 2005, Schleiter/Morgan-Jones 2008, Steinsdorff 1995), jedoch finden sich auch Plädoyers zugunsten des präsidentiellen Typs (Blondel 2012, Luchterhandt 2002, White 1997). Für die Zuordnung sind folgende Argumente wesentlich: Präsident und Staatsduma sind, da beide direkt gewählt werden, autonom legitimiert; der Präsident kann nicht aus politischen Gründen seines Amtes enthoben werden ("Präsidentialismuskriterium" laut Steffani 1979). Das Parlament verfügt mit dem Misstrauensvotum aber über ein Instrument, mit dem es die Regierung abberufen kann ("Parlamentarismuskriterium"). Die Verfassung scheint zudem eine duale Exekutive aus Präsident und Regierung vorzusehen, wobei die Regierung vergleichsweise stärker an den Präsidenten als an das Parlament gebunden ist: Bei der Amtseinführung eines Präsidenten tritt das Kabinett zurück, nicht aber anlässlich der Neukonstituierung der Legislative. Ebenso wie das französische Staatsoberhaupt hat auch der russländische Präsident das Recht, Kabinettssitzungen zu leiten. Zudem ist er auch befugt, die Regierung nach eigenem Ermessen zu entlassen.

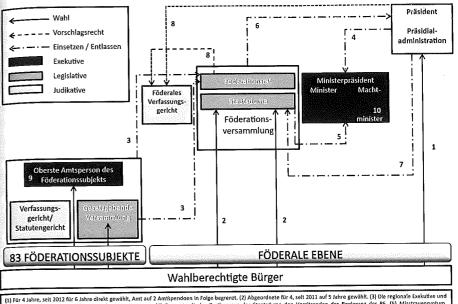
Angesichts dieser konstitutionellen Regeln scheint eine Zuordnung des Regierungssystems zum Semipräsidentialismus als einer Mischform aus parlamentarischem und präsidentiellem Regierungssystem nahezuliegen. Betrachtet man diese Regeln aber näher, wird diese Zuordnung recht schnell zweifelhaft, da dem Präsidenten faktisch ultimative Kompetenzen zustehen: Er darf ein Misstrauensvotum der Duma gegen die Regierung das erste Mal übergehen und ist nur zum Handeln gezwungen, falls innerhalb von drei Monaten ein zweites erfolgreiches Votum abgegeben wird. Dann aber steht es ihm frei, die Regierung zu entlassen – oder das Unterhaus aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Dieselben Optionen eröffnen sich dem Präsidenten. falls eine vom Regierungschef gestellte Vertrauensfrage von der Duma abschlägig beschieden wird. Damit können die Abgeordneten ohne Zustimmung des Präsidenten kein Kabinett zu Fall bringen, riskieren aber unabweislich ihre Mandate, wenn sie es dennoch versuchen. Es verwundert deshalb nicht, dass es zwischen 1994 und 2005 zwar sechs Abstimmungen über ein Misstrauensvotum gab, sich jedoch nur ein einziges Mal (1995) eine parlamentarische Mehrheit dafür fand. Jelzin reagierte mit der Entlassung dreier Minister, woraufhin ein erneutes Misstrauensvotum gegen die Regierung scheiterte.

⁵ Es war bereits 1991 etabliert worden, wurde von Jelzin zwischen 1993 und 1995 jedoch suspendiert, da es in seine Auseinandersetzung mit dem Parlament intervenierte. Für Analysen der Tätigkeit des Verfassungsgerichts s. Trochev (2008), Thorson (2012).

Gegen die Semipräsidentialismus-These spricht weiterhin, wie russländische Regierungen operieren. Es handelt sich routinemäßig um "technische Kabinette", deren Mitglieder weder durch Parteien nominiert sind noch als deren Repräsentanten auftreten. Vielmehr verdanken sie ihre – durch den Präsidenten vollzogene – Auswahl ihren persönlichen Eigenschaften (Schleiter 2013). In diesem Sinne erscheinen sie als Präsidialkabinette; sie werden auch öffentlich so bezeichnet. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wichen nur zwei Kabinette von diesem Muster ab, aber selbst diese Episoden schwächen die semipräsidentielle Interpretation: Die kurze Amtszeit der Regierung Primakow (September 1998-Mai 1999) stützte sich zwar auf eine Koalition aus drei oppositionellen Duma-Fraktionen, beruhte aber nicht auf einer formalen Koalitionsvereinbarung, wurde von einem parteilosen Minister geführt und konnte nicht auf stabile parlamentarische Unterstützung zählen. Daher stellte sie weder eine Parteienregierung dar noch eine echte Cohabitation, bei der sich Präsident und Premier als Mitglieder unterschiedlicher politischer Lager gegenüberstehen (Clark 2011). Die zweite Ausnahme, die Regierung Putin (2008-2012), lässt sich ebenfalls nicht sinnvoll semipräsidentiell deuten. Sie belegt vielmehr die hochgradige Personalisierung der politischen Macht, welche die Relevanz formal-institutioneller Regelungen begrenzt: Wladimir Putin (Präsident 2000–2008 und ab 2012) war es auf diesem Wege möglich. eine politische Schlüsselposition im Rahmen des "Tandems" mit Dmitrij Medwedjew (Präsident 2008-2012) zu bewahren.

Die entscheidenden Argumente gegen die Zuordnung des Regierungssystems zum semipräsidentiellen Typ finden sich gleichwohl bereits im Verfassungstext. Zum einen geht der Regierungschef nicht aus der Legislative hervor – ein Kriterium, das üblicherweise als wesentlich für den Semipräsidentialismus angesehen wird (Skach 2007: 97). Eine *Cohabitation* ist also sogar verfassungslogisch ausgeschlossen, weil der Regierungschef gar nicht an eine parlamentarische Machtbasis gebunden ist (Clark 2011). Zum anderen schreibt Art. 10 der Verfassung eine dreiteilige Gewaltenteilung fest – Art. 11 zählt aber vier Staatsorgane auf. Der Präsident erscheint dabei nicht als Teil der Exekutive, sondern als eigenständige Institution, deren Aufgabe darin besteht, "das koordinierte Funktionieren und Zusammenwirken der Organe der Staatsgewalt" zu gewährleisten (Art. 80).

Während überraschenderweise kaum ein westlicher Beobachter diesen Formulierungen Beachtung schenkt, sind sie für russländische Experten von zentraler Bedeutung. Sie interpretieren diese in dem Sinne, dass der Präsident weder der Exekutive angehöre noch eine vierte Gewalt darstelle – gleichwohl aber nicht "über", sondern vielmehr "jenseits" des Systems aus Legislative, Exekutive und Judikative stehe, indem er die Tätigkeit dieser drei Staatsorgane koordiniere. Diese Interpretation beherrscht die russländische Verfassungsinterpretation und wird auch in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern popularisiert. Schaubild 1 verdeutlicht dieses Muster der Beziehungen zwischen Exekutive, Legislative, Judikative und Präsident.



(1) Für 4 Jahre, seit 2012 für 6 Jahre direkt gewählt, Amt auf 2 Amtspendoen in Folge begrenzt. (2) Abgeordnete für 4, seit 2011 auf 5 Jahre gewählt. (3) Die regionale stexutive und Legislative ernennen bzw. wählen Jeweils einen Vertreter. (4) Ernennt mit der Zustimmung der Staatsduma den Vorsitzenden der Regierung der RF. (5) Misstrauensvotum. (6) Impeachment-Verfahren (amtsenthebung aus nicht-politischen Gründen). (7) Kann Im Zusammenhang mit der Ernennung des Ministerpräsidenten oder des Misstrauensvotums aufgelöst werden. (8) Auf Vorschlag des Präsidenten vom Föderatkonsrat ernannt. (9) Die Bezeichnungen varlieren: Gouverneur, Oberhaupt der Republik, Chef der Administration, Regierungsvorsitzender. Zwischen 2005 und 2012 von der regionalen Legislative auf Vorschlag des Präsidenten ernannt 2012 wieder von den Bürgerin gewählt. (10) Nach 532 des Föderalen Verfassungsgesetzes, Über die Regierung der RF vom 17.12.1997 sind die Machtministerlen direkt dem Präsidenten unterstellt.

Abb. 1: Das Regierungssystem Russlands

Bilanziert man die hier vorgenommene Prüfung der einschlägigen typologischen Kriterien, erscheint die Schlussfolgerung zwingend, dass die traditionellen Typologien der Regierungssysteme (z. B. Lijphart 1992, Shugart/Carey 1992, Steffani 1979, Duverger 1980) für Russland nicht anwendbar sind, will man eine Begriffsüberdehnung vermeiden: Die Konzepte sowohl des präsidentiellen wie auch des semipräsidentiellen Typs setzen voraus, dass die Doktrin der Gewaltenteilung im Sinne der ideengeschichtlichen Traditionslinie verwirklicht ist, welche auf Montesquieu und Madison zurückgeht. Diese Doktrin besteht aus einem Bündel von ineinandergreifenden Prinzipien, darunter: (a) Gewaltenteilung (separation of powers) als organschaftliche Arbeitsteilung, (b) Machtaufteilung (division of power) zwecks Verhinderung einer exzessiven Machtkonzentration bei einer der Institutionen sowie (c) checks and balances, d. h. Mechanismen, welche gegenseitige Kontrolle und Kooperation der staatlichen Organe erzwingen können (Waldron 2013).

Es ist offensichtlich, dass eine Verfassung, die den Präsidenten "jenseits der Gewalten" konstituiert, nicht dieser klassischen Doktrin folgt. Tatsächlich ist das russländische Regierungssystem am zutreffendsten als eines der "separation of powers without checks and balances" (Partlett 2012) zu beschreiben. Die in der Literatur einhellig konstatierte Dominanz des Präsidenten und die schwache Position von Parlament und Regierung diesem gegenüber bedeuten, dass zumindest die beiden Prinzipien der Machtaufteilung sowie der *checks and balances* bereits auf formal-

konstitutioneller Ebene nicht eingelöst werden – und dies unbenommen weiterer Abweichungen von der Doktrin der Gewaltenteilung, welche in der Verfassungswirk lichkeit zu beobachten sind. Ungeachtet nachweislicher ausländischer Einflüsse auf die Verfassung von 1993 schuf diese demnach kein institutionelles Design für eine Demokratie westlichen Typs.

3 Informelle und formale Dimensionen der Politik

3.1 Ein neopatrimoniales Regime

Die in der Literatur übliche Zuordnung Russlands zum semipräsidentiellen oder präsidentiellen Typ der Exekutive-Legislative-Beziehungen erweist sich demnach als Kategorisierungsfehler. Einen Ausweg aus diesem Problem scheint zunächst das Begriffsangebot des "Superpräsidentialismus" zu bieten, welches die Dominanz des Präsidenten hervorhebt. Sie wird entweder unmittelbar aus dem Verfassungstext abgeleitet (Holmes 1993, Clark 2011) oder aber aus einer Verfassungsrealität, in welcher die konstitutionellen Spielräume durch den Präsidenten ausgereizt und gegebenenfalls gesprengt werden (Fish 2000, McFaul/Stoner-Weiss 2008). Das konzeptionelle Problem dieses Begriffs besteht aber darin, dass damit ein neuer Subtyp innerhalb der traditionellen Regierungssystem-Typologie der Vergleichenden Politikwissenschaft geschaffen wird. Da diese aber ein gewaltenteiliges System im oben skizzierten Sinne impliziert, liegt auch damit eine Begriffsüberdehnung vor.

Andere Begriffe gehen über den hergebrachten Rahmen hinaus, der sich auf die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative beschränkt. Sie entstammen überwiegend der politikwissenschaftlichen Area-Forschung. Das aktuelle politische System Russlands wird dabei entweder als unikaler Fall behandelt, was in der gängigen Rede vom "System Putin" (Mommsen/Nußberger 2007) anklingt, oder als paradigmatischer Fall, der auch für das Verständnis der meisten anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zentral ist (z. B. Fisun 2012, Hale 2012). Gemeinsam ist den unterschiedlichen Konzepten, dass der Präsident nicht nur aufgrund seiner enormen Kompetenzen als Schlüsselakteur des politischen Systems verstanden wird, sondern mehr noch aufgrund seiner zentralen Stellung in einem verzweigten System klientelistischer Netzwerke. Konzeptionell berücksichtigt werden also nicht nur die Exekutive-Legislative-Beziehungen, sondern sowohl (formal und informell konstituierte) relevante Akteure als auch (formale und informelle) Regeln und Prozeduren, welche deren Interaktionen strukturieren.

Die einschlägigen Bezeichnungen für das aktuelle Regime – darunter "patronaler" (Hale 2005) oder "hegemonialer" (Willerton 2005) Präsidentialismus, "Netzwerk-" (Kononenko/ Moshes 2011) oder "Doppelstaat" (Sakwa 2010) und "(Russisches) System" (sistema) (Shevtsova 2003, Ledeneva 2013) – schließen mehr oder weniger expli-

zit an einen Diskurs über nicht-westliche Formen der Herrschaftsorganisation an, der sich mit dem Phänomen des "Neopatrimonialismus" beschäftigt. Im Sinne Max Webers wird damit die Überlagerung von rational-legalen, unpersönlich geltenden Institutionen mit patrimonialen Elementen bezeichnet. Während in traditionellpatrimonialen Regimes alle Machtbeziehungen als interpersonelle Beziehungen organisiert sind und keine Abgrenzung zwischen privater und öffentlicher Sphäre besteht, ist diese Grenze in neopatrimonialen Regimes formal gezogen und akzeptiert – in der Realität verschwimmt sie allerdings (Erdmann/Engel 2007: 105). Als charakteristische Merkmale solcher Regime gelten autoritäre Präsidenten, systemischer Klientelismus und die Nutzung von Ressourcen des Staates für die Legitimitätsbeschaffung der Machtelite.

3.2 Der Dualismus formaler und informeller Akteure und Institutionen

Um den Dualismus von Formalem und Informellem verstehen zu können, der die politische Praxis prägt, muss analytisch zwischen Institutionen und Organisationen unterschieden werden (Helmke/Levitsky 2006: 4–8). Dies sei anhand des Konzepts des "elektoral-patronalen" Regimes (Hale 2010) näher erläutert: In Russland findet sich heute einerseits ein elektorales Regime, weil Wahlen als formale (und demokratische) Institution für die Bestellung des politischen Schlüsselpersonals unwidersprochen akzeptiert sind; es gibt keinen anderen legitimen Weg zur Macht als den Wahlsieg über die legale politische Opposition (s. auch Abschn. 4.4). Die kollektiven Akteure, welche Kandidaten für exekutive und legislative Ämter nominieren und öffentlich unterstützen, sind formale Organisationen (Parteien).

Andererseits ist das Regime jedoch auch patrimonial (bzw. "patronal"), weil es in der Realität informelle Organisationen sind, welche mit diversen Segmenten des Staates bis zur Ununterscheidbarkeit verflochten sind. Es handelt sich dabei um komplexe klientelistische Netzwerke, d. h. exklusive und intransparente Personenbündnisse, die partikulare Interessen organisieren. Sie werden umgangssprachlich oft als "Clans" bezeichnet, erreichen allerdings nicht die Kohäsion und Stabilität traditioneller Abstammungsgemeinschaften, sondern beziehen sich in ihren Identitäts- und Interessenkonstruktionen auf regionale bzw. lokale, sektorale oder andere Berührungspunkte ihrer Mitglieder (Ledeneva 2013: 33–36). An ihrer Spitze steht ein hochrangiger Politiker als Patron, der sich auf ein verzweigtes Netz von Subpatronen stützt. Den höchsten Punkt der aus solchen Netzwerken zusammengesetzten "Machtpyramide" bildet der Präsident.

Die solcherart umschriebene regierende Elite Russlands ist demnach einerseits auf den Präsidenten fokussiert, von dessen Integrationsfähigkeit, Popularität und persönlicher Autorität die Stabilität und Funktionsweise des gesamten Regimes abhängt. Dies bedeutet auch, dass die Präsidentschaft als Institution – wie sie in der

Verfassung kodifiziert ist – nicht vom jeweiligen Amtsinhaber zu trennen ist. Andererseits darf das elektoral-patronale Regime aber nicht auf eine personalistische Diktatur verengt werden, wie dies etwa die gängige Bezeichnung "System Putin" suggeriert. Hinter dem als Kürzel verwendeten Namen des Präsidenten verbirgt sich vielmehr ein mehr oder weniger großes "Führungsteam", also eine breitere, durchaus heterogene regierende Gruppe (Monaghan 2012; Kononenko/Moshes 2011).

Die Elitennetzwerke bilden "politische Maschinen", deren wesentlichster Schmierstoff die sogenannte "administrative Ressource" ist, d. h. staatliche Ressourcen, deren eigentlicher Zweck darin besteht, öffentliche Güter zu produzieren. Die Patrone innerhalb der Netzwerke können deshalb über sie verfügen, weil sie – in der Welt der formalen Institutionen – aufgrund von Wahlen oder Ernennungen öffentliche Ämter besetzen. Sie operieren daher dualistisch: als Amtsinhaber innerhalb des Staats- und Verwaltungsapparats, die der Logik der bürokratischen Rationalität bzw. dem Wählerwillen verpflichtet sind, sowie als loyalitätsgebundene Mitglieder interpersoneller Netzwerke. Aufgrund dessen kann sich auch die Interaktion innerhalb der politischen Elite, zwischen den elitären Gruppen im Zentrum, den Regionen und der Wirtschaft sowie zwischen ihr und den Bürgern gleichzeitig in beiden "Welten" vollziehen: Geht es in formaler Hinsicht um den Tausch politischer Unterstützung gegen politische Programme, so findet dabei faktisch und informell meist auch ein Tausch dieser Unterstützung gegen klientelistische Güter statt. Solche Güter umfassen Leistungsversprechen gegenüber Individuen oder Gruppen, die von Jobs über privat gewährte Einkommenschancen bis zur Begünstigung von Verwandten oder lokalen Gemeinschaften, z.B. durch infrastrukturelle Leistungen, reichen.

In diesem Sinne erscheint der politische Prozess insgesamt als genuin dualistisch: Alle Akteure, die an ihm beteiligt sind, können sowohl formal als auch informell organisiert sein und bürokratisch-rationalisierten oder loyalitätsbasierten Normen folgen. Ob dieser Dualismus konfliktorisch ist oder aber komplementär und regimestabilisierend (vgl. Helmke/Levitsky 2006: 13–19), ist dabei zunächst ebenso eine empirische Frage wie die, ob in konkreten Situationen jeweils formale oder informelle Regeln dominieren. In diesem Zusammenhang kommt "informellen Praktiken" zentrale Bedeutung zu. Es handelt sich um Strategien, mit denen Akteure opportunistisch zwischen formalen und informellen Handlungsbeschränkungen navigieren und diese kreativ interpretieren (Ledeneva 2006: 21, 189–195). Sie umfassen ein weites Spektrum legaler und illegaler Phänomene, das von Investitionen in Beschaffungs- und Karrierenetzwerke über die Manipulation von Wahlen bis zu Korruption und Bestechung

reicht, wobei Inhaber öffentlicher Ämter private monetäre Vorteile aus ihrem Zugang zu administrativen Ressourcen des Staates ziehen.

3.3 Die Ursprünge des aktuellen Regimes

Als Ursachen für die Herausbildung des postsowjetischen elektoral-patronalen Regimes gelten mehrere, sich gegenseitig verstärkende Faktoren. Verwiesen wird zunächst auf staatssozialistische Hinterlassenschaften: Elitäre Netzwerke spielten auch für die Reproduktion des sowjetischen politischen und ökonomischen Systems eine zentrale Rolle, das seinerseits als patrimoniale Variante des Staatssozialismus gilt (Kitschelt et al. 1999, Willerton 1992). Die Traditionslinie reicht jedoch noch weiter zurück. In der Literatur wird auf eine Jahrhunderte alte politische Kultur verwiesen, die im sowjetischen und postsowjetischen Modell der Herrschaftsorganisation fortwirke (z. B. Pipes 2004, Hosking 2000). Sie spiegle sich auch in der bürokratischen, paternalistischen sowie rechtspositivistischen und -nihilistischen Tradition des Landes (z. B. Nußberger 2010b) und in seiner Tradition der Staatlichkeit wider: Spätestens seit Peter dem Großen sei für Russland eine starke politischen Exekutive und die Konzentration von Macht in den Händen einer kleinen Gruppe charakteristisch gewesen (z. B. Willerton 2005: 20–22).

Solcherart Argumentationen über die "pfadabhängige" Herkunft des aktuellen Regimes behaupten nicht unmittelbar das Überleben alter Netzwerke unter neuen Bedingungen. Vielmehr transportieren sie die Vorstellung, dass der gegenwärtige Dualismus aus formalen und informellen Akteuren und Institutionen in einer nie vollständig gebrochenen Kontinuität frühmoderner Staatlichkeit steht: Im Laufe der russländischen Geschichte erlebte sie diverse Transformationen in Richtung bürokratische Rationalisierung und Verrechtlichung, aber dieser Prozess ist bisher nicht abgeschlossen. Während das bolschewistisch-sowjetische Projekt des "Einparteistaats" und später das Perestrojka-Projekt des "sozialistischen Rechtsstaats" (Plaggenborg 2006: 179-244) tief greifende Veränderungen der Staatlichkeit bewirkten, brachten beide keinen modernen Rechtsstaat hervor, wie er in westlichen Gesellschaften in zeitlicher und sachlicher Nähe zur Demokratisierung des politischen Systems entstand. Mehr noch: Die radikalen politischen und ökonomischen Reformen zu Beginn der 1990er-Jahre erwiesen sich - zumal im Umfeld des Zusammenbruchs der Sowjetunion – als Faktoren, welche die Staatlichkeit schwächten und desorganisierten. Die allgemeine Unsicherheit über die Geltung von Regeln wurde durch interpersonelle Vertrauensnetzwerke abgefedert – in Wirtschaft und Gesellschaft ebenso wie in der Politik (Fish 2000: 179-181). So war es nicht zuletzt das Beispiel Russlands, aus dem die Systemwechselforschung seit Mitte der 1990er-Jahre die Schlussfolgerung zog, dass demokratische Institutionen nicht allein auf intraelitären Pakten basieren können, sondern auf die strukturelle Vorbedingung einer funktionierenden Staatlichkeit angewiesen sind (Linz/Stepan 1996).

⁶ Größe, Struktur, Kohärenz und Dynamik dieser Gruppe werden in der einschlägigen Literatur ausgiebig diskutiert. Der engere Kreis der Führungsgruppe um Putin mag etwa ein Dutzend Personen umfassen (Monaghan 2012, S. 7), das Netzwerk der relevanten Eliten, deren Interaktionen für die Stabilität und Reproduktion des Regimes entscheidend sind, ist jedoch wesentlich größer und besteht aus diversen, darunter funktional differenzierten Segmenten (s. z. B. Sakwa 2010, S. 186, Kryshtanovskaya/White 2005a,b, Ledeneva 2013, Kryshtanovskaia 2012).

Vor diesem Hintergrund ist auch der gescheiterte Demokratisierungsprozess Russlands differenziert zu würdigen. Viele westliche Beobachter halten die 1990er-Jahre in Russland für einen relativ demokratischen Zeitraum, in dem der politische Wettbewerb nach Jahrzehnten wieder neu erstand. Diese Zeit erwies sich aber als eine "permanent ausgehandelte Transition", in der Spielregeln und Politikinhalte von fragmentierten Elitengruppen immer wieder infrage gestellt wurden, weil große Teile von ihnen das formal-demokratische Institutionensystem nicht als legitim ansahen (Huskey 1999: 218). Bezeichnungen wie "feckless pluralism" (Carothers 2002: 10–11) und "pluralism by default" (Way 2005: 4) treffen den Kern dieser "phony democracy" (Sakwa 2010: 186): Sie war durch ein vergleichsweise hohes Maß an politischen Freiheiten und durch regelmäßige Wahlen gekennzeichnet, aber auch durch einen schwachen Staat, einen ausgeprägten, aber ineffektiven politischen Pluralismus, durch von der Politik zunehmend entfremdete Bürger sowie korrupte und selbstinteressiert agierende Eliten ohne umfassenden Gestaltungsanspruch.⁷

Der Dualismus formal-demokratischer und informeller Elemente bzw. seine Überbrückung durch informelle Praktiken führte zur Herausbildung einer im besten Fall "defekten" Demokratie. Gleichzeitig löste er aber auch politische Blockaden auf und verhinderte die Abkehr wichtiger Akteursgruppen vom neuen politischen System. Diese Prozesse vollzogen sich im Kontext einer fragilen Staatlichkeit: Gegen Mitte der 1990er-Jahre war die Föderation durch zentrifugale Tendenzen geprägt, die Zwangsapparate des Staates befanden sich in Auflösung, die Steuererhebungskapazität war extrem gering. Öffentliche Dienstleistungen wurden in geringem Maße bereitgestellt, die Bezahlung der öffentlich Bediensteten vollzog sich unregelmäßig oder blieb aus.

Die Bilanz von Jelzins Präsidentschaft (1991–1999) ist dementsprechend widersprüchlich. Zum einen wurden die Basisinstitutionen der Demokratie zügig eingeführt, zum anderen aber war der Führungsstil des Präsidenten durch Ignoranz gegenüber formalen Institutionen und Organisationen geprägt. Auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, dass damit der Aufbau paralleler Institutionen ("institutionelle Redundanz") und der Transformation der Präsidialadministration von einem konstitutionell marginalen Organ in das Zentrum der politischen Macht (Huskey 1995) einherging. Das aber entsprach der Tendenz zur Personalisierung formaler Institutionen, deren Bedeutung aufs Engste an ihre Amtsinhaber gebunden war. Die nachfolgenden Präsidenten Russlands behielten diese Grundtendenz bei. Das "System Putin" steht daher in Kontinuität zum Jelzin-Regime (s. auch Sakwa 2010), erlebte jedoch gleichzeitig einen erheblichen Wandel. Der "feckless pluralism" der 1990er-Jahre wich dem Syndrom von "dominant-power politics" (Carothers 2002: 12–13, Gel'man 2006): Staat und Regime konsolidierten sich.

Die These der folgenden Ausführungen besteht darin, dass der Prozess der Regimekonsolidierung dadurch gekennzeichnet ist, dass die Machtelite formale Institutionen und Normen, wie sie aus Demokratien bekannt sind, einerseits weitgehend akzeptiert und nur selten zu offen autoritären Reformen greift. Häufig werden Institutionen etabliert, die aus dem Repertoire von Demokratien stammen. Andererseits werden sie jedoch regelmäßig zum Zweck der Reproduktion und Stabilisierung eines im Kern nicht-demokratischen Regimes umgedeutet, modifiziert und "umgenutzt". Das ist deshalb prinzipiell möglich, weil Institutionen in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedliche Wirkungen entfalten. In diesem Zusammenhang gewinnen auch formale Organisationen an Bedeutung; die Patronage für regimeloyale zivilgesellschaftliche und politische Vereinigungen wird daher zu einer wesentlichen Dimension einer auf gesellschaftliche Strukturen bezogenen "Ordnungspolitik", die scheinbar demokratische Strukturen für den Erhalt eines faktisch autoritär operierenden Regimes zu nutzen vermag (political engineering).

4 Regimekonsolidierung in der Putin-Ära

4.1 Die Stärkung der "Machtvertikale"

Im Folgenden soll anhand einiger Dimensionen der Regimekonsolidierung seit Beginn des neuen Jahrtausends beispielhaft gezeigt werden, wie sich Kontinuität und Wandel des aktuellen Regimes manifestierten. Dazu werden Entwicklungen in drei verschiedenen Arenen skizziert, deren Interaktionen den politischen Prozess in Demokratien nicht nur garantieren, sondern geradezu konstituieren (Linz/Stepan 1996: 7–15). So wird es möglich, das Wesen des durch das "Putin-Regime" betriebenen *political engineering* herauszuarbeiten und das politische System Russlands einem impliziten Vergleich mit dem westlicher Demokratien zu unterziehen.

Die erste zu betrachtende Arena ist der Staatsapparat. Demokratische Regierungen müssen sich auf eine effiziente, rationalisierte Bürokratie stützen können (Linz/Stepan 1996: 10), aber auch moderne autoritäre Regime sind auf sie angewiesen. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt im Jahre 2000 erklärte Putin, der sich einem fragilen, prinzipiell demokratiefähigen, jedoch kollabierenden Staat gegenübersah (Willerton et al. 2005), die Stärkung der Staatlichkeit zum wichtigsten Projekt. Er versuchte – ebenso wie später Medwedjew –, den Staat in ein effizientes, handlungsfähiges Herrschaftsinstrument des Präsidenten zu transformieren. Die Strategie des Ausbaus der sogenannten "Machtvertikale" zielte darauf, den Zentralstaat zu stärken, die multiplen Zentren staatlicher Machtausübung und Verwaltung in einen hierarchisch strukturierten Dienstweg einzugliedern und die Schaltstellen dieses Apparats mit loyalem Personal zu besetzen (Monaghan 2012). Faktisch bedeutete dies, dass sich der

⁷ Diese Phänomene sind in der Forschungsliteratur detailliert analysiert worden, so für die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative (Huskey 1999, Remington 2008), Zentrum und Peripherie (Ross 2010, Heinemann-Grüder 2000), Wirtschaftsinteressen und Staat (Stykow 2006).

Präsident keineswegs "jenseits" von Exekutive und Verwaltung stellte, sondern "über" diese, darunter unter Verwendung von Instrumenten des formalen Rechts.

Grundsätzliche Veränderungen vollzogen sich im föderalen Staatsaufbau, womit Einflusschancen der Regionaleliten auf die zentralstaatliche Politik reduziert wurden. Zentral dafür war die Schaffung "parakonstitutioneller Institutionen" (Sakwa 2010: 194). So wurden im Jahre 2000 sieben (später acht) supraregionale Föderationsdistrikte gebildet, die dem Präsidenten direkt unterstellt und durch von ihm ernannte Bevollmächtigte geführt wurden. Die Gouverneure wurden in den neu geschaffenen Staatsrat berufen (2000), die Sprecher der Regionalparlamente in den Rat der Legislatoren (2001), und beide Gruppen verloren ihre Zugehörigkeit zum Oberhaus des Parlaments (2002). Sie büßten damit den direkten legislativen Zugang zur föderalen Politik ein, was durch die Mitgliedschaft in lediglich konsultativen Gremien ersetzt wurde (Ross 2010: 173-178). Schließlich wurden 2004 (bis 2012) die seit 1996 üblich gewordenen Direktwahlen der Gouverneure abgeschafft; die Regionalparlamente bestätigten nunmehr die Personalvorschläge des Präsidenten. Wichtiger Reformbestandteil waren weiterhin mehrere Gesetze in den Jahren 2003-2006, welche die Kompetenzverteilung zwischen Zentrum und Regionen veränderten; während 70 Kompetenzen bei den Regionen verblieben, wurden 700 unter die Jurisdiktion des Zentralstaats gestellt. Der Fiskalföderalismus wurde durch Fiskalzentralismus ersetzt.

Der Großteil dieser Reformen wurde mit dem Verweis auf den Kampf gegen den Terrorismus begründet (Remington 2009), der auch die wichtigste Legitimation für die Reorganisation der staatlichen Zwangsapparate lieferte. Im Jahre 2006 wurden ein Antiterrorismusgesetz verabschiedet und das Nationale Antiterrorismus-Komitee geschaffen (Taylor 2011: 82–88). In der zweiten Amtszeit Putins nahmen repressive Polizeimaßnahmen gegen – ebenfalls als systemfeindlich wahrgenommene – oppositionelle Parteien, Kandidaten und Gruppen zu (Taylor 2011: 95–99). Weitere Dimensionen staatlicher Reformen betrafen insbesondere seit den Jahren 2003/04 den Öffentlichen Dienst und die Verwaltung (Huskey 2012), die lokale Selbstverwaltung (Lankina 2005), Justizwesen und Strafrecht (Solomon 2012) sowie seit 2008 das Militär (Gorenburg 2012).

In der Literatur werden die Erfolge dieser Reformen kritisch bewertet. Zum einen betrifft dies ihre Inkonsequenz und mangelnde Effektivität. So bleibe die Implementationsquote präsidentieller Dekrete und Anordnungen weiterhin gering, die "Machtvertikale" funktioniere nach wie vor nicht im Sinne eines effektiven Dienstwegs, Rivalitäten innerhalb und zwischen den bürokratischen Apparaten dauerten an (Monaghan 2012: 9–14). Zum anderen werden die autoritäre Tendenz der Reformen und die politische Instrumentalisierung des Rechts bemängelt. Zwar habe die Staatskapazität hinsichtlich der fiskalischen Handlungsfähigkeit und der Kriminalitätsbekämpfung zugenommen, damit sei aber auch die Repressionsfähigkeit gegenüber der Opposition gestiegen. Die "Staatsqualität" wiederum, welche Auskunft über die Gemeinwohlorientierung der Bürokratie gibt, bleibe niedrig (Taylor 2011: 284–301). Auch die Bilanz der Justizreformen fällt zwiespältig aus: In vielen zentralen Rechtsgebieten, wie etwa

dem Straf- und Strafprozessrecht, seien rechtsstaatliche Kodifikationen entstanden, insgesamt geriet das Rechtswesen jedoch in stärkere Abhängigkeit von Exekutive und Präsident (Nußberger 2010c: 135). Auch die informelle Praxis der "Telefonjustiz" gilt als ungebrochen, wie etwa beim Prozess gegen Michail Chodorkowskij deutlich wurde (Ledeneva 2013). Als demokratietheoretisch bedenklich werden nicht zuletzt die Föderalismusreformen bewertet, die zu einer weitgehenden "Entföderalisierung" (Heinemann-Grüder 2007) oder gar zur Etablierung eines "Quasi-Einheitsstaats" (Ross 2012: 151) führten.

Im Grundsatz betrifft diese Kritik die anhaltende und revitalisierte – in westlichen Demokratien in diesem Ausmaß unübliche – Fusion von Politik und Staat (Huskey 2012). Sie ist auch mit einer Beamtenethik verbunden, welche den Staatsdienst als "Dienst am Herrscher" versteht. Nicht zuletzt manifestiert sie sich in der traditionellen Praxis der Rekrutierung von Spitzenpolitikern. Diese stammen überwiegend aus den bürokratischen Apparaten und haben nur selten Karriereabschnitte in Parteien, als gewählte Mandatsträger oder in der Wirtschaft zurückgelegt. Die Zahl von Politikern und hochrangigen Beamten aus dem Militär, den Sicherheitsdiensten und den "Machtministerien" (siloviki) nimmt seit den frühen 2000er-Jahren zu. Umstritten ist allerdings die Bedeutung dieser Entwicklungen. Während einige Autoren darin einen Trend zu einem offen repressiven autoritären Regime sehen (Kryshtanovskaya/White 2003), halten andere ihn für die Folge der ungebrochenen informellen Praxis, Ämter mit Personen zu besetzen, welche aus Vertrauensnetzwerken stammen, womit nicht zwangsläufig aber auch ein autoritär-repressives Herrschaftsprojekt transportiert werde (Renz 2006: 2012).

4.2 Die Zivilgesellschaft

Eine zweite Arena des politischen Systems ist die Zivilgesellschaft, in der sich Individuen und Gruppen autonom vom Staat organisieren, ihre Werte artikulieren und ihre Interessen vertreten können (Linz/Stepan 1996: 7–8). Bis in die späte Sowjetära existierte diese Sphäre in Russland nicht als öffentlicher Raum, weil das sowjetische Regime nach 1917 alle unabhängigen Vereinigungen aufgelöst und verboten hatte, während sie funktional spezialisierte "gesellschaftliche Massenorganisationen" mit zum Teil faktischer Zwangsmitgliedschaft schuf. Erst die Perestrojka-Reformen eröffneten günstige Gelegenheitsstrukturen für die Entstehung einer hoch politisierten "Bewegungsgesellschaft" (Fish 1995). Nach dem Abflauen dieser Mobilisierung wurde die Zivilgesellschaft im Verlaufe der 1990er-Jahre aber zu einer wenig organisierten, schwach strukturierten und politisch marginalen Arena. Ihre Akteure waren häufig vital auf Förderung aus dem Ausland angewiesen (Evans et al. 2006, Gilbert/Balzer 2012).

Im hier diskutierten Zusammenhang ist diese Arena von besonderer Bedeutung, weil sich mit dem Machtwechsel von Jelzin zu Putin ein grundsätzlicher Strategiewechsel im Umgang mit ihr vollzog – von einer Politik der Ignoranz gegenüber formalen nicht-staatlichen Organisationen zu einer von oben initiierten und gesteuerten Institutionalisierung der gesamten intermediären Sphäre als eines zentralen Bestandteils der "gelenkten Demokratie". Während auch in den meisten europäischen Demokratien der Staat gegenüber NGOs eine fördernde und ermächtigende Rolle spielt, wird in Russland das Prinzip der zivilgesellschaftlichen Autonomie nachhaltig verletzt.

Anzeichen dieser neuen Politik, deren Konturen sich bis 2005 formierten, wurden bereits unmittelbar nach Putins Amtsantritt deutlich. Bezeichnenderweise wurde sie zunächst an eine mächtige informelle Interessengruppe der Wirtschaft adressiert, die sogenannten "Oligarchen". In den letzten Jahren von Jelzins Amtszeit hatten Staat und Präsident als weitgehend ihrem Einfluss unterworfen gegolten (state capture). Um die Handlungsautonomie der Politik wiederzugewinnen, versuchte Putin im Frühjahr 2000 zunächst, die Kommunikation mit den Oligarchen vollständig abzubrechen. Ein Jahr später schwenkte er dann darauf um, ein differenziertes System von Unternehmerverbänden sowie konsultative Expertenräte bei den Ministerien zu fördern (Stykow 2006). Ebenso bezeichnend war, dass diese Institutionalisierung einer strukturierten Landschaft der Repräsentation von Wirtschaftsinteressen auf einem informellen, aber expliziten "Pakt" beruhte (Tompson 2005): Die Oligarchen sagten politische Loyalität zu, wofür sie mit der Zusage belohnt wurden, dass es keine politische Revision der postkommunistischen Eigentumsverhältnisse geben werde. Wie ernst es dem neuen Präsidenten damit war, wurde anhand der "Jukos-Affäre" (2003) und der Verurteilung Michail Chodorkowskijs (2005), des letzten politisch eigensinnig agierenden Großunternehmers, deutlich.

Nach dem Vorbild der Staat-Wirtschaft-Beziehungen wurde in der Folge der gesamte intermediäre Bereich reorganisiert. Es entstand eine "Quasi-Zivilgesellschaft" (Evans 2006). Zum einen wurden administrative Instrumente, wie beispielsweise steuer- und verwaltungsrechtliche Regelungen, genutzt, um die Tätigkeit existierender Organisationen einzuschränken. Zum anderen schufen die beiden NGO-Gesetze von 2006 und 2012 die rechtlichen Grundlagen dafür, die staatliche Kontrolle über zivilgesellschaftliche Akteure zu erweitern sowie insbesondere aus dem Ausland unterstützte Organisationen zu kontrollieren und als "ausländische Agenten" zu diskreditieren.

Schließlich wurden auch hier Projekte der von der Präsidialadministration gesteuerten und kontrollierbaren Institutionalisierung nicht-staatlicher Organisationen gestartet. Dies betraf die Schaffung und Förderung loyaler gesellschaftlicher Organisationen. Das bekannteste, aber bei Weitem nicht einzige, Beispiel für eine solche "government-organized non-governmental organization" (GONGO) ist die Jugendorganisation "Nashi" (Atwal/Bacon 2012, Hemment 2012). Als weitere parakonstitutionelle Institution (Sakwa 2010: 194), welche die zentralisierte und balancierte Repräsentation gesellschaftlicher Interessen übernehmen sollte, wurde im Jahre 2005 die "Gesellschaftskammer" gegründet, die schnell Modellcharakter für entsprechende regionale Körperschaften annahm und dabei auch bereits vorhandene Formen der Interessenrepräsentation ersetzte. Ihre Aufgaben bestehen darin, Analysen und Empfehlungen

für bestimmte Politikfelder zu erarbeiten, umfangreiche staatliche Fördermittel an gesellschaftliche Organisationen zu verteilen und bei Bedarf zwischen Bürgern und Verwaltungsorganen zu vermitteln. Auf die Ernennung ihrer Mitglieder hat die jeweilige Exekutive – der Präsident bzw. Gouverneur – maßgeblichen Einfluss (Richter 2009a, b).

Insgesamt ist die Institutionalisierung einer strukturierten Zivilgesellschaft von oben als Versuch zu bewerten, den intermediären Bereich in die "Machtvertikale" einzubauen, um die Effizienz des Regierens zu erhöhen und gleichzeitig die Partizipation der Bürger zu steuern und einzuhegen. Daneben bleiben aber durchaus Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement erhalten, die nicht nur anekdotischer Natur sind und eine differenzierte Beurteilung der Dynamik in dieser Arena nahelegen (Javeline/Lindemann-Komarova 2010, Hemment 2012).

4.3 Die politische Gesellschaft

Die dritte Arena, in der sich seit dem Jahr 2000 deutliche Veränderungen vollzogen, ist die "politische Gesellschaft", d. h. der Raum, in dem in Demokratien der Wettbewerb um die temporäre Verfügungsgewalt über den Staat ausgetragen wird und in dem die Bürger als Wähler diesen Wettbewerb entscheiden. Es handelt sich um eine Arena, deren zentrale Akteure Parlamente, Parteien, Politiker und deren Bündnisse sind und die insbesondere durch Wahlen sowie das Wahl- und Parteienrecht als wichtigste Spielregeln strukturiert wird (Linz/Stepan 1996: 8–10). In Russland hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten keine "Parteiendemokratie" herausgebildet: Auch in Russland gibt es heute zwar mehrere Parteien, diese stellen aber in keiner der für westliche Demokratien charakteristischen Dimensionen Schlüsselakteure des politischen Systems dar – weder sind sie ein wesentliches Vermittlungsglied zwischen Bürger und Politik noch spielen sie eine zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung oder beim Regieren.

Das russländische Parteiensystem der 1990er-Jahre war dynamisch, ideologisch polarisiert und fragmentiert (s. z. B. Smyth 2012, Stykow 2008). Es zeigte keine Anzeichen einer Institutionalisierung. Mit Ausnahme der Kommunisten blieben alle Parteien organisatorisch instabil und mitgliederschwach. Sie waren existentiell auf das Engagement mehr oder weniger charismatischer und ressourcenstarker Führer angewiesen und ähnelten formalisierten klientelistischen Gefolgschaften weit mehr als modernen Mitgliederorganisationen. In den 1990er-Jahren konnten sie auch die Elitenselektion nicht monopolisieren, sondern konkurrierten mit "Parteisubstituten", d. h. informellen Netzwerken wie etwa "politischen Maschinen" der Regionaloberhäupter und anderen Organisationstypen (Hale 2006). So ging bei den Duma-Wahlen zwischen einem Drittel und fast der Hälfte der Mandate an parteiunabhängige Kandidaten. Aufgrund von Fraktionsübertritten der Abgeordneten, die in erheblichem Umfang stattfanden, war auch die Struktur der Duma instabil. Parteienbasierte Mehrhei-

ten für Regierung oder Präsident bildeten sich nicht heraus. Unterstützerkoalitionen mussten vielmehr ad hoc geschmiedet werden, wobei sowohl Arrangements der intraparlamentarischen Machtaufteilung als auch klientelistische und offen korrupte Methoden gängig waren (Huskey 1996, Remington 2006, Chaisty 2006).

Die Struktur der politischen Gesellschaft veränderte sich in den ersten Jahren von Putins Präsidentschaft grundlegend: Die Zahl der offiziell zugelassenen Parteien sank auf unter ein Dutzend und das Parteiensystem nahm hegemoniale Gestalt an. Dies war das Ergebnis eines nachhaltigen Strategiewechsels gegenüber politischen Parteien und dem Parteiensystem, der analog zum Strategiewechsel gegenüber dem intermediären Bereich zu verstehen ist: Hatte Jelzin Parteien ebenso wie Verbände und Vereinigungen weitgehend ignoriert, so konzentrierte sich Putin auf deren Potenzial als korporative Akteure, d. h. als formale Organisationen mit mehr oder weniger verpflichtungsfähigen Mitgliedern und, von diesen relativ autonom agierenden, hierarchischen Führungen. Unter den Bedingungen geringer gesellschaftlicher Mobilisierung von unten vergrößerte der Rückgriff auf solche Organisationen die Kontroll- und Steuerungschancen der Präsidialadministration erheblich.

Deren zentrales Projekt bestand in der Schaffung und Konsolidierung von "Einiges Russland", einer Partei, die seit dem Jahr 2001 gezielt institutionalisiert wurde (Smyth 2002, Stykow 2008, Reuter/Remington 2009, Reuter 2010). Sie entging damit dem Schicksal früherer sogenannter "Parteien der Macht", die in den 1990er-Jahren kurzfristig vor Wahlen ins Leben gerufen worden waren, diese aber – auch angesichts ihrer relativen Erfolglosigkeit – nicht lange überlebten (s. auch Tabelle 2). "Einiges Russland" hingegen entwickelte sich schnell zu einer Kaderpartei, die nicht nur der Kontrolle der Legislative, sondern auch der intraelitären Integration und der Rekrutierung von Politikern in öffentliche Ämter diente.⁸ Zudem gelang es, sie als Massenpartei mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern zu etablieren. Die überwältigenden Ergebnisse, welche die Partei bei nationalen und regionalen Wahlen in den 2000er-Jahren erzielte, verdankten sich nicht nur der großen Popularität Putins und der Schwäche der Opposition, sondern auch regionalen Elitengruppen und ihrer Fähigkeit, mithilfe "politischer Maschinen" und klientelistischer Netzwerke die Wähler zu mobilisieren (Reuter 2013).

"Einiges Russland" konnte sich stabilisieren, weil die Partei sich auf die Popularität Putins stützte und unter seiner anhaltenden Patronage stand. Davon profitierten auch eine Reihe sogenannter "Spoiler-Parteien", die ebenfalls durch die Präsidialadministration initiiert und koordiniert wurden. Sie sollten die Unterstützerbasis der legalen politischen Opposition schmälern, indem sie deren Elektorat ansprachen. So zielte "Gerechtes Russland", eine Partei, die sich politisch stärker "sozialdemokratisch" positionierte als "Einiges Russland", bei den Wahlen 2007 und 2011 auf die

Wählerschaft sowohl der Kommunistischen Partei als auch der von Jabloko, während die Partei "Rechte Sache" im Jahre 2011 an die Unternehmerschaft bzw. die Mittelschichten appellierte (White 2012).

Die Umgestaltung des Parteiensystems wurde gesetzgeberisch flankiert und abgesichert. Ein neues Parteiengesetz (2001. geändert 2004) verlangte mindestens 50.000 Mitglieder und den Nachweis von Parteiorganisationen in mindestens zwei Dritteln aller Regionen für die offizielle Registrierung, welche zur Voraussetzung für die Teilnahme an Wahlen wurde. Während die private Finanzierung von Parteien streng limitiert wurde, wuchs das Ausmaß der staatlichen Parteienfinanzierung erheblich (Hutcheson 2012). Diese Regelungen waren gegen die extreme Fragmentierung und Fluidität des Parteiensystems der 1990er-Jahre gerichtet, die nicht zuletzt die Demokratiefähigkeit des Parlaments als Institution erheblich beeinträchtigt hatte. Da sie neue und kleine politische Gruppierungen ohne landesweite Infrastruktur benachteiligten, behinderten sie effektiv aber in erster Linie die Opposition. Gleichzeitig stärkte die Einführung der Verhältniswahl Parteien als Organisationen und deren Führungen gegenüber individuellen Politikern sowie ihren (regional oder lokal verankerten) Netzwerken, da parteiunabhängige Kandidaturen nunmehr ausgeschlossen waren. Bemerkenswert ist, dass sich dieser Bedeutungszuwachs von Parteien nicht auf die Präsidentschaftswahlen erstreckte – diese blieben eindeutig Personenwahlen.

"Einiges Russland" ist paradigmatisch für ein Phänomen, das die Forschung als "dominante Partei" auch für andere autoritäre Regime im postsowietischen Raum (Roberts 2012, Turovsky 2011) sowie in anderen Weltregionen (Greene 2010, Magaloni/Kricheli 2010) beschreibt. Solche Parteien schmieden als formalisierte, in Gestalt bürokratischer Massenparteien organisierte "politische Maschinen" eine umfassende Koalition regimetreuer Elitengruppen und binden Wähler. Mit ihrer Hilfe soll die Regimestabilität in den formalisierten Dimensionen der Politik – dem parteipolitischen Wettbewerb, der Gesetzgebung sowie der parlamentarischen Regierungskontrolle abgesichert werden. "Dominante Parteien" stellen also rationalisierte Formen der Integration von Gefolgschaften der regierenden Elitengruppe dar. Sie sind eine Manifestation der Verflechtung mit dem Staat, welche die neopatrimoniale Überlagerung informeller und formaler Organisationsformen exemplarisch verkörpert. Im Unterschied zu kommunistischen Staatsparteien, mit denen postsowjetische "Parteien der Macht" mitunter verglichen werden, kommt ihnen aber nicht die Rolle des politischen Schlüsselakteurs zu (Roberts 2012, Sakwa 2012); sie begründen keinen Einparteistaat, sondern sind Instrumente der patronalen Präsidenten in der Region. Wegen ihrer diffusen Programmatik sind sie auch keiner bestimmten ideologischen Parteienfamilie zuzuordnen.

Die Dominanz von "Einiges Russland" veränderte auch die Duma nachhaltig. Seit dem Frühjahr 2001 bestand dort eine stabile, in den Jahren 2003 bis 2011 sogar verfassungsändernde, strukturelle Mehrheit für den Präsidenten. Auch hier wurde die politisch durchgesetzte präsidentielle Hegemonie formal-legal abgesichert. Dabei kam der Reform des Wahlrechts Schlüsselbedeutung zu. Die Einführung der Verhältniswahl nach Parteilisten und mit siebenprozentiger Sperrklausel (2005) führte dazu, dass die

⁸ Besonders sichtbar wird dies an der Attraktivität der Partei für regionale Eliten: 77 der 83 Gouverneure gehörten ihr im Herbst 2010 als Mitglieder an (Slider 2012: 156).

Zahl der in der Duma vertretenen Parteien nach den Wahlen 2007 auf vier sank. Hinzu kamen Änderungen des Duma-Reglements, welche die im Ergebnis dieser Wahlen erzielte Dominanz von "Einiges Russland" abbildeten und weiter verstärkten (Chaisty 2008). Durch die bereits erwähnte Reform des Föderationsrats (2002) wurde zudem der Einfluss mächtiger Regionaleliten in der zweiten Kammer des Parlaments begrenzt. Wurde dort zwischen 1996 und 1999 noch fast ein Viertel der vom Unterhaus beschlossenen Gesetze abgelehnt, so passierten nun nahezu alle Gesetze. Präsidentielle Vetos wurden zur absoluten Ausnahme (Chaisty 2008). Der Präsident und seine Umgebung kontrollierten damit die Tätigkeit der Legislative weitgehend.

4.4 Wahlen und Proteste

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland regelmäßig stattgefunden, und anders als in den meisten anderen postsowjetischen Ländern haben sich die bisherigen Präsidenten auch formal an die Beschränkung ihrer Amtszeit auf zwei Wahlperioden gehalten. Die Qualität der Wahlen - als "demokratische Methode" der Elitenselektion (Schumpeter) - ist jedoch vielfach und begründet bestritten worden: Zum nachweislichen Repertoire der Manipulation gehören ebenso Zwang bei der Stimmabgabe, Stimmenkauf und die Fälschung von Wahlergebnissen wie Verzerrungen im Verlauf des Wahlprozesses, die sich z.B. in der administrativen Verweigerung der Registrierung von Wettbewerbern und ihrem asymmetrischen Zugang zu den Medien niederschlagen, in klientelistischer "Kirchturmpolitik" unter systematischer Nutzung administrativer Ressourcen durch die Amtsinhaber, in der Verbreitung kompromittierender Informationen über Konkurrenten (kompromat) und im Einsatz von Technologien des "negative campaigning" u. Ä. (z. B. Ledeneva 2006, Myagkov et al. 2009, Simpser 2013, Wilson 2005). Weil das Fernsehen zentral für die Information der Wähler über Politik ist, erscheint die zunehmende Kontrolle der Medienlandschaft seit Beginn der 2000er-Jahre als weitere Dimension, in der die regierende Elitengruppe ihre Macht stärkt. Zwar ist das Internet nach wie vor kaum reguliert, aber es bleibt für die politische Information der Bürger bisher marginal.

Mit Ausnahme von eventuell der Präsidentschaftswahl 1996 dürfte expliziter Wahlbetrug bisher nie entscheidend für den Wahlausgang gewesen sein (s. Tabelle 1). Putins Wahlsiege als Präsident waren – selbst wenn der Stimmenanteil künstlich überhöht worden sein sollte – im Kern seiner Popularität zu verdanken, und der Sieg der jeweils als am stärksten wahrgenommenen Partei bei Parlamentswahlen ließ diese dem überwiegenden Teil des Elektorats auch als "im Ergebnis fair" erscheinen (Rose/Mishler 2009). Die seit dem Jahr 2003 unbestrittene elektorale Dominanz der Partei "Einiges Russland" spiegelt gleichwohl deutlich den Verlust an Demokratiequalität in der Ära Putin wider, weil sie anzeigt, dass der (partei)politische Wettbewerb nahezu zum Erliegen gekommen ist (s. Tabelle 2).

Tab.1: Präsidentschaftswahlen in Russland

Wahl	Wahlsieger	Stimmen (in Prozent)	"Bester Verlierer"	Stimmen (in Prozent)	
1991	Jelzin	58,6	Ryshkow (KP der Sowjetunion)	17,2	
1996*	Jelzin	54,4	Sjuganow (KPRF)	40,7	
2000	Putin	53,4	Sjuganow (KPRF)	29,5	
2004	Putin	71,9	Charitonow (KPRF)	13,8	
2008	Medwedjew	70,3	Sjuganow (KPRF)	17,7	
2012	Putin	63,6	Sjuganow (KPRF)	17,2	

* Ergebnisse des zweiten Wahlgangs (Stichwahl)

KPRF: Kommunistische Partei der Russländischen Föderation

LDPR: Liberal-Demokratische Partei Russlands

Quelle: zusammengestellt nach: Nohlen/Stöver (2010: 1659-1661), Protokoll (2012)

Tab.2: Parlamentswahlen in Russland

Wahl	Stimmenanteil (in Prozent)*						
	"Partei(en) der Macht" (Name)	KPRF	LDPR	Jabloko	Andere Parteien (Gesamtzahl)		
1993	14,5 (Russlands Wahl)	11,6	21,4	7,3	34,6 (13)		
1995	10,1 (Unser Haus Russland) + 1,1 (Ivan-Rybkin-Block)	22,3	11,2	6,9	37,2 (14)		
1999	23,3 (Einheit-Bär) + 13,3 (Vaterland-Ganz Russland)	24,3	6,0	5,9	18,9 (12)		
2003	37,6 (Einiges Russland) + 9,0 (Heimat)	12,6	11,5	4,3	16,9 (10)		
2007	64,3 (Einiges Russland) + 7,74 (Gerechtes Russland)	11,57	8,14	1,59	5,55 (6)		
2011	49,3 (Einiges Russland) + 13,24 (Gerechtes Russland)	19,19	11,67	3,43	1,57 (2)		

* bis 2003: Stimmen der jeweiligen Partei im Proporzsegment des Grabenwahlsystems Quelle: zusammengestellt und berechnet nach: CSPP (2013)

Die Gründe für Wahlmanipulationen sind in Russland wie in anderen nichtdemokratischen Regimes meist nicht in der Absicherung eines ansonsten gefährdeten
Wahlsiegs zu suchen. Vielmehr liegen sie darin, eventuelle Unterstützer der Opposition zu entmutigen, die Loyalität der Klientel zu demonstrieren, latent unzufriedene
Elitensegmente davon abzubringen, in politische Alternativen zu investieren, d. h. die
Handlungsspielräume der Amtsinhaber zu demonstrieren und damit das existierende
Regime zu konsolidieren. Die mitunter in der Literatur anzutreffende Ansicht, Wahlen
würden schlicht "missbraucht" oder seien – wie während der Sowjetzeit – im Kern
bedeutungslose Ereignisse, mit denen Demokratie "imitiert" wird, greift daher zu
kurz. Tatsächlich erfüllen sie eine Reihe wesentlicher Funktionen für die Regimere-

produktion (Gandhi/Lust-Okar 2009, Krastev/Holmes 2012: 34–40, Stykow 2013: 253–264). Parlamentswahlen sind eine der Formen des intraelitären Wettbewerbs, indem sie als Test für die Fähigkeit regionaler und lokaler Politiker wirken, Wähler zu mobilisieren und damit Loyalität zu demonstrieren. Präsidentschaftswahlen wiederum geben Hinweise auf die persönliche Popularität des Amtsinhabers bzw. seines Wunschnachfolgers, welche aufgrund der Personalisierung des Regimes die entscheidende Legitimationsquelle darstellt. Nicht zuletzt können Wahlen, von denen allseits bekannt ist, dass ihre Ergebnisse manipuliert sind, sogar als die einfachste Variante angesehen werden, mithilfe derer die Machteliten autoritäre Gestaltungsmacht demonstrieren – oder auch lediglich simulieren (Krastev/Holmes 2012: 38–40).

Wahlen sind daher ein funktionaler Bestandteil des russländischen neopatrimonialen Regimes. Sie werden so umgenutzt, dass sie keine "demokratischen Fremdkörper" darstellen, sondern in Interaktion mit anderen Institutionen regimestützend wirken. Das bedeutet, dass die Wahlergebnisse der 2000er-Jahre nur angemessen vor dem Hintergrund der in den vorhergehenden Abschnitten beschriebenen institutionen- und organisationenschaffenden Projekte der Präsidialadministration verstanden werden können: Die hohe Zustimmung zum Regime mag auch auf unmittelbare Verstöße gegen die Regeln fairer und freier Wahlen zurückgehen. Systematisch erwachsen sie aber aus einem viel breiteren Kontext – der von oben gestalteten Institutionalisierung des politischen Systems mit seiner dominanten Partei, der Fusion von Staat und Exekutivspitze sowie deren weitgehender Kontrolle über Legislative, intermediären Bereich und Medien, die sich unter den für das Regime günstigen Bedingungen zunehmender Staatskapazität und anhaltenden Wirtschaftswachstums vollzog.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass das Regime unverwundbar wäre. Es steht vielmehr vor der ständigen Herausforderung, den Ausbruch intraelitärer Konkurrenz und ein Nachlassen der Unterstützung der Bevölkerung (bzw. beides) zu verhindern. Daher ist es zum einen zentral für die politische und Regimestabilität, die Leistungsbilanz in ökonomischer, sozial- und innen- sowie außenpolitischer Hinsicht zu erhalten und zu verbessern. Zum anderen gibt es in neopatrimonialen Regimes eine systemische Achillesferse. Sie besteht darin, einen loyalen Nachfolger an die Regimespitze zu bringen, wenn die konstitutionell zulässige Amtszeit des Präsidenten erschöpft ist (Hale 2005: 139–143). Faktisch wird diese Frage auf informellem Wege innerhalb der regierenden Elitegruppe reguliert, formal jedoch liegt diese Entscheidung im Sinne der "demokratischen Methode" bei Präsidentschaftswahlen. Wie die "Bunten Revolutionen" gezeigt haben, welche in einigen postsowjetischen Ländern angesichts von Nachfolgekrisen im Verein mit Wahlfälschungen ausbrachen, können sich oppositionelle Eliten auf diese formal-demokratische Funktion von Wahlen berufen und sie unter Umständen in Massenmobilisierung übersetzen (Stykow 2010).

In Russland ist das Nachfolgerproblem mit dem Wechsel von Jelzin zu Putin (2000), von Putin zu Medwedjew (2008) sowie der "Rochade", die Putin erneut ins Amt brachte (2012), bisher stets erfolgreich bearbeitet worden. Entsprechend der neopatrimonialen Regimelogik war es stets gelungen, eine intraelitäre Einigung über die Nach-

folge im Amt des Präsidenten herbeizuführen und sie auf dem Wege von Wahlen bestätigen zu lassen. Dies war nicht nur auf die Nutzung der administrativen Ressource im unmittelbaren Wahlkampf oder die Manipulation der Wahlergebnisse zurückzuführen, sondern beruhte auch auf vielfältigen längerfristigen Strategien zur Prävention Bunter Revolutionen, darunter der Umgestaltung des Parteiensystems, der Institutionalisierung einer dominanten Partei und der "Zähmung" der Zivilgesellschaft. Wenngleich dieses Vorgehen die Regimereproduktion bisher trotz – oder dank – allgemeiner Wahlen ermöglichte, beschädigte es dennoch im Laufe der Zeit die Regimelegitimität.

Noch deutlicher als das letztlich schwache Abschneiden von "Einiges Russland" bei der Parlamentswahl 2011⁹ wurde das durch die darauffolgenden Massenproteste signalisiert, welche nach den Parlamentswahlen 2011 ausbrachen, welche insbesondere durch gebildete, junge, urbane Teilen der Mittelschicht getragen wurden. ¹⁰ Die Demonstrationen brachten in fast hundert Städten mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße. Tatsächlich richteten sie sich gegen das Funktionsprinzip des neopatrimonialen Regimes selbst – gegen die informelle Reinterpretation und Umnutzung formal-demokratischer Institutionen, die sich anlässlich dieser Wahlen besonders unverbrämt gezeigt hatten.

Gleichzeitig demonstrierten die Ereignisse aber auch die Schwäche der organisierten Opposition, die - anders als etwa die "Orangen Revolutionäre" in der Ukraine (2004) – die massenhafte Unzufriedenheit nicht für sich zu nutzen vermochte. Das allmähliche Abflauen der Proteste im Frühjahr 2012 ist letztlich nicht auf massive Repressionen zurückzuführen, auch wenn es Prozesse gegen politische Akteure gab. Kurzfristig entscheidend war, dass es dem Regime gelang, zu den Präsidentschaftswahlen im März 2012 die Unterstützung der "russischen Provinz" zu mobilisieren und damit erneut Putins Popularität zu bekräftigen (Krastev/Holmes 2012). Im Zusammenhang mit den Protesten wurden auch einige formale Spielregeln des politischen Wettbewerbs geändert. Sie sind in einigen Fällen restriktiv (Verschärfung der NGO-Gesetzgebung und des Versammlungsrechts), signalisieren aber in anderen auf den ersten Blick politische Zugeständnisse. So werden seit Juni 2012 die Regionaloberhäupter wieder gewählt; die neue Redaktion des Parteiengesetzes (April 2012) hat die Parteienlandschaft deutlich belebt;11 die Wiedereinführung des Grabenwahlsystems soll die Chancen oppositioneller Kandidaten bei legislativen Wahlen verbessern. Die politikrelevante Wirkung dieser veränderten Spielregeln bleibt jedoch abzuwarten.

⁹ Berechnungen, die auf der Auswertung offizieller Daten beruhen, gehen davon aus, dass die Partei nur ca. 39 Prozent statt der von der Wahlkommission verkündeten über 49 Prozent erhalten hat. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 traten ähnliche statistische Anomalien auf wie bei den Parlamentswahl 2011, aber in geringerer Ausprägung (Kobak et al. 2012).

¹⁰ Für Analysen s. z. B. Gabowitsch (2013), Beiträge in Problems of Post-Communism 60(2013)2.

¹¹ Parteien müssen nun nur noch mindestens 500 Mitglieder aufweisen und in der Hälfte der Regionen präsent sein (Details s. Hutcheson 2012). Die Zahl der registrierten Parteien stieg daraufhin von sieben im Jahr 2011 auf 72 im August 2013 (Minjust 2013).

5 Fazit

Insgesamt müssen die postsowjetischen Entwicklungen in Russland als zwei analytisch unterscheidbare Prozesse betrachtet werden, die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen: Seit der Konstituierung Russlands als souveräner Nationalstaat im Jahre 1991 geht es um die Schaffung einerseits eines funktionsfähigen politischen Systems, andererseits aber auch einer funktionsfähigen Staatlichkeit, die eine Voraussetzung für alle lebensfähigen Typen politischer Systeme darstellt. Während in der ersten Dimension die Frage nach Demokratie oder Autoritarismus beantwortet wird und nach denjenigen politischen Institutionen, die dem jeweiligen Kontext angemessen sind, bestehen die Alternativen in der zweiten Dimension im Gegensatzpaar "schwacher (von Interessengruppen gekaperter) vs. starker (rationalisierter, rechtsstaatlicher) Staat".

Die Überlagerung und eigentümliche Sequenz beider Prozesse hat die Dynamik des vergangenen Vierteljahrhunderts der russländischen Geschichte geprägt und belastet. Zugespitzt lässt sich zusammenfassen, dass Demokratisierungsversuche des politischen Systems der umfassenden Rationalisierung und Professionalisierung des Staates und seiner Beziehungen zur Gesellschaft vorausgingen, und erst unter den Präsidenten Putin und Medwedjew das Problem der Staatlichkeit zu einem wesentlichen Aspekt der Politik wurde. Die Bewertung der bisherigen Prozessresultate fällt in beiden Dimensionen ambivalent aus und diagnostiziert jeweils hinreichend dynamische "Hybride" – einerseits ein "Grauzonenregime" zwischen Demokratie und Autoritarismus, andererseits ein neopatrimoniales Regime mit seinem Dualismus aus formalen und informellen Institutionen, der durch informelle Praktiken überbrückt wird.

Das erste Jahrzehnt des neuen Russland war durch eine schwere Krise der Staatlichkeit und ein schwach institutionalisiertes politisches System charakterisiert. Es entstand ein äußerst verwundbares Regime, in dem formal-demokratische Regeln des politischen Wettbewerbs und informelle Regeln der intraelitären Konkurrenz und Konsensbildung koexistierten und interagierten, ohne eine lebensfähige Demokratie hervorzubringen. Dies wird insbesondere illustriert durch die Verfassung 1993, die demokratische Elemente der Gewaltenteilung enthielt, aber den Präsidenten in diesem Arrangement nur diffus verortete; ein System aus fragmentierten und instabilen Parteien; eine eher chaotische als pluralistische Landschaft von Interessenorganisationen, deren stärkste und informell verfasste Gruppen versuchten, den Staat zu "kapern".

Erst mit dem Wechsel des Präsidenten im Jahre 2000 gelang es der regierenden Elitengruppe, die Staatlichkeit zu konsolidieren und die formale Institutionalisierung des politischen Systems voranzutreiben. Ihre Versuche eines *political engineering* sind aber nicht als holistisches und kohärentes Reformprojekt zu verstehen, sondern beruhen auf Lernprozessen, die vorangegangene Erfahrungen auswerten. Wie der bisherige Verlauf zeigt, ging die Zunahme an Staatskapazität zu Lasten der Demokratiequalität des politischen Systems. Der Präsident und die Präsidialadministration wurden

zum unanfechtbaren Machtzentrum, welches sich die gubernativen und administrativen Glieder der Exekutive unterordnete, über eine "Partei der Macht" die Legislative steuerte und über Projekte der gezielten Schaffung von Organisationen und parakonstitutionellen Institutionen sowie ihre gesetzgeberische Ausgestaltung auch den öffentlichen und den politischen Raum einer weitgehenden Kontrolle unterwarf.

Diese Prozesse legen einige abschließende Überlegungen nahe: Erstens ist sich die Demokratisierungsforschung einig, dass demokratische Institutionen und Arenen nicht nur notwendige Existenzbedingungen von Demokratien sind, sondern unter Umständen auch "hergestellt" werden können oder sogar müssen. Dieser Standpunkt wird nicht nur von der akteurszentrierten Transitionsforschung vertreten, sondern auch von Ansätzen, die strukturelle Vorbedingungen für den Erfolg von Demokratisierung anerkennen. Dem aktuellen russländischen Regime ist eine autoritative Variante des "top-down crafting" von Institutionen zu bescheinigen, das in eine autoritäre Politik der Regimekonsolidierung übergegangen ist – und dennoch kann nicht ignoriert werden, dass es dieses Vorgehen als Projekt einer Demokratie zu legitimieren bestrebt ist, welche die Traditionen Russlands mit den Anforderungen der globalen Moderne verbindet, also in einem tatsächlich relevanten Spannungsfeld operiert.

Zweitens betonen Erklärungen der autoritären Dynamik Russlands, die sich auf das konstitutionelle Regierungssystem konzentrieren, insbesondere die Defekte im Design der neugeschaffenen demokratischen Institutionen oder ihren Missbrauch durch die Machteliten. Eine neopatrimonialistische Interpretation hingegen lenkt die Aufmerksamkeit auf das Zusammenspiel aus demokratiekompatiblen Organisationen und Institutionen sowie Praktiken, welche die formalen Regeln verstärken, aber auch unterlaufen, umdeuten oder aushebeln können. Die Bedingung von Demokratie als "institutionalisierter Unsicherheit" (Adam Przeworski) ist aber die unverbrüchliche Geltung basaler formal-demokratischer Spielregeln. Unabhängig davon, ob Beobachter Russlands aktuelles politisches System für eine "stark defekte Demokratie" oder ein "kompetitiv-autoritäres Regime" halten, stimmen sie bezeichnenderweise darin überein, dass informelle Institutionen, Praktiken und Akteure von grundsätzlicher Bedeutung für den politischen Prozess bleiben. Paradoxerweise scheinen die institutionellen Reformen des vergangenen Jahrzehnts das grundsätzliche Problem - die Kopplung institutioneller Strukturen an Personen – im Kern verfehlt zu haben. Sie verfolgen vielmehr die "personalisierte Institutionalisierung" eines Regimes, dessen reibungsloses Funktionieren nach wie vor maßgeblich von der Handlungsfähigkeit des Präsidenten (nicht nur als Amtsinhaber, sondern auch als Person) und von seiner Fähigkeit abhängt, die rivalisierenden Elitengruppen zu integrieren. Die Fixiertheit auf personalisierte starke Führung (exaggerated leadership) bleibt weiterhin ein "metapolitisches Merkmal" des politischen Systems Russlands (Sakwa 2005).

Gleichzeitig offenbart diese Beobachtung auch, worin die tiefere Bedeutung der Protestmobilisierung 2011–2012 besteht: Hier wurde die Forderung erhoben, die zentrale demokratische Institution – die effektive Wahl der temporär regierenden Eliten durch die Bürger – in ihrer Geltung als formal institutionalisierte Regel zu respektie-

ren. Um das substanzielle Ergebnis der Wahl ging es weit weniger als um den prozeduralen Aspekt. Die Kritik an der Verflechtung von Exekutive und "Einiges Russland", die als "Partei der Betrüger und Diebe" verspottet wurde, kann ebenfalls als eine Demokratieforderung interpretiert werden: In funktionierenden Demokratien wird Macht lediglich auf Zeit verliehen, um solch einer Verflechtung entgegenzuwirken. Da die Dimensionen von Staatlichkeit und Demokratie zwar miteinander verbunden, aber keineswegs deckungsgleich sind, zeigt sich hier eine interessante Nuance: Die beiden Akteursgruppen haben jeweils eine der beiden Dimensionen im Blick, zwischen denen ein Spannungsverhältnis besteht. Während die Machteliten auf eine – in der Tendenz deutlich autoritäre – Stärkung der Staatlichkeit fokussiert ist, betonten die Protestierenden die Demokratisierung des politischen Systems. Deren wichtigste Erfolgsbedingung wiederum besteht jedoch genau in der Stärkung von rationalisierter, rechtskonformer Staatlichkeit.

Bibliographie

- Atwal, Maya/Bacon, Edwin, 2012: The youth movement Nashi: contentious politics, civil society, and party politics, in: East European Politics 28, S. 256–266.
- Blondel, Jean, 2012: "Presidentialism" in the Ex-Soviet Union, in: Japanese Journal of Political Science 13, S. 1–36.
- Bos, Ellen, 1996: Verfassunggebungsprozeß und Regierungssystem in Rußland, in: Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.), Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen, S. 179–211.
- BTI 2012: Bertelsmann Stiftung, Russia Country Report. Gütersloh 2012.
- Carothers, Thomas, 2002: The End of the Transition Paradigm. Journal of Democracy 13(1), S. 5–21. Chaisty, Paul, 2006: Legislative politics and economic power in Russia, New York.
- Chaisty, Paul, 2008: The Legislative Effects of Presidential Partisan Powers in Post-Communist Russia, in: Government & Opposition 43, S. 424–453.
- Clark, William A., 2011: Boxing Russia: Executive-Legislative Powers and the Categorization of Russia's Regime Type, in: Demokratizatsiya 19, S. 5–22.
- Colton, Timothy J./Skach, Cindy, 2005: The Russian Predicament, in: Journal of Democracy 16, S. 113–126.
- CSPP Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde 2013: Russia Votes: The Duma Election 2011; Results of Previous Elections to the Russian State Duma,
 - http://www.russiavotes.org/duma/duma_elections_93-03.php,
 - http://www.russiavotes.org/duma/duma_today.php (letzter Zugriff: 04.09.2013).
- Duverger, Maurice, 1980: A New Political System Model: Semi-Presidential Government, in: European Journal of Political Research 8, S. 165–187.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf, 2007: Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept. In: Commonwealth and Comparative Politics 45, S. 95–119.
- Evans, Alfred B., 2002: Recent Assessments of Social Organisations in Russia, in: Demokratizatsiya 10, S. 322–342.
- Evans, Alfred B., 2006: Vladimir Putin's Design for Civil Society, in: Russian Civil Society, in: Evans, Alfred B. Evans/ Henry, Laura A./McIntosh Sundstrom, Lisa (Hrsg.), Armonk, S. 147–158.

- Evans, Alfred B. Evans/ Henry, Laura A./McIntosh Sundstrom, Lisa (Hrsg.), 2006: Russian Civil Society: A Critical Assessment, Armonk.
- FH 2013: Freedom House, Nations in Transit 2012. http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/nations-transit/2013 (letzter Zugriff: 26.08.2013).
- Fish, M. Steven, 2000: The Executive Deception: Superpresidentialism and the Degradation of Russian Politics, in: Sperling, Valerie (Hrsg.): Building the Russian state. Institutional crisis and the quest for democratic governance. Boulder, S. 177–192.
- Fish, M. Steven, 1995: Democracy from scratch: Opposition and regime in the new Russian Revolution. Princeton.
- Fish, Michael S./Kroenig, Matthew, 2008: The Handbook of National Legislatures: A Global Survey. New York.
- Fisun, Oleksandr, 2012: Rethinking Post-Soviet Politics from a Neopatrimonial Perspective, in: Demokratizatsiya 20, S. 87–96.
- Fortin, Jessica, 2013: Measuring presidential powers: Some pitfalls of aggregate measurement, in: International Political Science Review 34, S. 91–112.
- Gabowitsch, Mischa, 2013: Putin kaputt!?, Berlin.
- Gandhi, Jennifer/Lust-Okar, Ellen, 2009: Elections under Authoritarianism, in: Annual Review of Political Science 12, S. 403–422.
- Gel'man, Vladimir, 2006: From "Feckless Pluralism" to "Dominant Power Politics"? The Transformation of Russia's Party System, in: Democratization 13, S. 545–561.
- Gilbert, Leah/Balzer, Harley, 2012: Civil Society, in: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society, Milton Park/New York, S. 364–374.
- Gorenburg, Dmitry, 2012: The Military, In: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society, Milton Park/New York, S. 220–231.
- Greene, Kenneth F., 2010: The Political Economy of Authoritarian Single-Party Dominance, in: Comparative Political Studies 43, S. 807–834.
- Hale, Henry E., 2005: Regime Cycles. Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia, in: World Politics 58, S. 133–165.
- Hale, Henry E., 2006: Why not parties in Russia? Democracy, federalism, and the state, Cambridge. Hale, Henry E., 2010: Eurasian Polities as Hybrid Regimes: The Case of Putin's Russia, in: Journal of Eurasian Studies 1, S. 33–41.
- Hale, Henry E., 2012: Two Decades of Post-Soviet Regime Dynamics, in: Demokratizatsiya 20, S. 71–
- Heinemann-Grüder, Andreas, 2000: Der heterogene Staat: Föderalismus und regionale Vielfalt in Russland, Berlin.
- Heinemann-Grüder, Andreas, 2007: Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Vom Ethnoföderalismus zum "Russland der Russen", in: Osteuropa 57, S. 135–162.
- Helmke, Gretchen/Levitsky, 2006: Gretchen: Introduction, in: Helmke, Gretchen/Levitsky (Hrsg.), Informal Institutions and Democracy, Baltimore, S. 1–30.
- Hemment, Julie, 2012: Nashi, Youth Voluntarism, and Potemkin NGOs: Making Sense of Civil Society in Post-Soviet Russia, in: Slavic Review 71, S. 234–260.
- Holmes, Stephen, Superpresidentialism and its Problems, in: East European Constitutional Review (Fall 1993–Winter 1994) 2–3, S. 123–126.
- Hosking, Geoffrey, 2000: Patronage and the Russian State, in: The Slavonic and East European Review 78, S. 301–320.
- Huskey, Eugene, 1995: The State-Legal Administration and the Politics of Redundancy, in: Post-Soviet Affairs 11, S. 115–143.
- Huskey, Eugene, Democracy and Institutional Design in Russia, in: Demokratizatsiya, S. 453–473. Huskey, Eugene, 1999: Presidential Power in Russia, Armonk.

- Huskey, Eugene, 2012: The Bureaucracy, in: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society. Milton Park/New York 2012, S. 175–185.
- Hutcheson, Derek S., 2012: Party Finance in Russia, in: East European Politics 28. S. 267-282.
- Javeline, Debra/Lindemann-Komarova, Sarah, 2010: A Balanced Assessment of Russian Civil Society, in: Journal of International Affairs 63, S. 171–188.
- Kitschelt, Herbert/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw/Tóka, Gábor, 1999: Post-communist Party Systems: Competition, Representation, and Inter-party Cooperation. Cambridge.
- Kobak, Dmitry/Shpilkin, Sergey/Pshenichnikov, Maxim S., 2012: Statistical anomalies in 2011–2012 Russian elections revealed by 2D correlation analysis, http://arxiv.org/abs/1205.0741 (letzter Zugriff: 20.11.2013).
- Kononenko, Vadim/Moshes, Arkadii (Hrsg.), 2011: Russia as a network state: What works in Russia when state institutions do not?, Basingstoke/New York.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen, 2012; An Autopsy of Managed Democracy, In: Journal of Democracy 23, S. 33–45.
- Kryshtanovskaya, Ol'ga/White, Stephen, 2003: Putin's Militocracy, in: Post-Soviet Affairs 19, S. 289–306.
- Kryshtanovskaya, Ol'ga/White, Stephen, 2005a: Inside the Putin Court: A Research Note, in: Europe-Asia Studies 57, S. 1065–1075.
- Kryshtanovskaya, Ol'ga/White, Stephen, 2005b: Losing Power in Russia, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 21, S. 200–222.
- Kryshtanovskaia, Ol'ga, 2012: Formats of Russian State Power, in: Russian Politics and Law 50, S. 7–18.
- Lankina, Tomila, 2005: President Putin's Local Government Reforms, in: Reddaway, Peter/Orttung, Robert W. (Hrsg.), Dynamics of Russian politics, Lanham.
- Ledeneva, Alena V., 2013: Can Russia Modernise?, Cambridge.
- Ledeneva, Alena V., 2006: How Russia really works. Ithaca.
- Lijphart, Arend, 1992: Parliamentary versus Presidential Government.
- Linz, Juan J./Alfred, Stepan, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation, Baltimore/London.
- Luchterhandt, Otto, 2002: Präsidentialismus in den GUS-Staaten, in: Luchterhandt, Otto, Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS, 2. Aufl., Berlin, S. 255–371.
- Magaloni, Beatriz/Kricheli, Ruth, 2010: Political Order and One-Party Rule, in: Annual Review of Political Science 13, S. 123–143.
- Marshall, Monty G./Cole, Benjamin R., 2011: Global Report 2011: Conflict, Governance, and State Fragility. Fairfax: Center for Systemic Peace und Center for Global Policy. http://www.systemicpeace.org/GlobalReport2011.pdf (letzter Zugriff: 30.07.2012).
- McFaul, Michael/Stoner-Weiss, Kathryn, 2008: The Myth of the Authoritarian Model: How Putin's Crackdown Holds Russia Back, in: Foreign Affairs, S. 68–84.
- Minjust 2013: Verzeichnis registrierter Parteien. http://minjust.ru/ru/nko/gosreg/partii. Zugriff: 27.8.2013.
- Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika, 2007: Das System Putin: Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland, München.
- Monaghan, Andrew, 2012: The Vertikal: Power and Authority in Russia, in: International Affairs 88, S. 1–16.
- Myagkov, Mikhail/Ordeshook, Peter C./Shakin, Dimitry, 2009: The Forensics of Election Fraud: Russia and Ukraine. New York.
- Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.), 2010: Elections in Europe, Baden-Baden.
- Nußberger, Angelika, 2010a:Staats- und Verfassungsrecht, in: Nußberger, Angelika (Hrsg.), Einführung in das russische Recht. München, S. 19–59.

- Nußberger, Angelika, 2010b: Rechtsgeschichte und Rechtskultur in Russland, in: Nußberger, Angelika (Hrsg.). Einführung in das russische Recht. München 2010b, S. 1–12.
- Nußberger, Angelika, 2010c: Rechtswesen und Rechtskultur, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.). Länderbericht Russland, Bonn, S. 131–152.
- Partlett, William, 2012: Separation of Powers without Checks and Balances: The Failure of Semi-Presidentialism and the Making of the Russian Constitutional System, 1991–1993, in: Simons, William B./Borisova, Tatiana (Hrsg.), The Legal Dimension in Cold-War Interactions, S. 105–
- Pipes, Richard, 2004: Flight from Freedom: What Russians Think and Want, in: Foreign Affairs 83, \$ 9-15.
- Plaggenborg, Stefan, 2006: Experiment Moderne, Frankfurt a.M.
- Protokoll (2012): Протокол Центральной избирательной комиссии Российской Федерации о результатах выборов Президента Российской Федерации 4 марта 2012 года, http://www.cikrf.ru/banners/prezident_2012/itogi/result.html (letzter Zugriff: 30.10.2013).
- Putin, Vladimir V., 2012: Demokratija i kačesvto gosudarstva, in: Kommersant 06.02.2012, http://putin2012.ru/#article-4 (letzter Zugriff: 08.02.2012).
- Remington, Thomas F., 2006: Presidential Support in the Russian State Duma, in: Legislative Studies Quarterly 31, S. 5–32.
- Remington, Thomas, 2008: Patronage and the Party of Power: President-Parliament Relations under Vladimir Putin, in: Europe-Asia Studies 60, S. 959-987.
- Remington, Thomas F., 2009: Putin, Parliament, and Presidential Exploitation of the Terrorist Threat, in: Journal of Legislative Studies 15, S. 219–238.
- Renz, Bettina, 2006: Putin's Militocracy? An Alternative Interpretation of Siloviki in Contemporary Russian Politics, in: Europe-Asia Studies 58, S. 903–924.
- Renz, Bettina, 2012: The Russian Power Ministries and Security Services, in: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society, Milton Park/New York, S. 209–219.
- Reuter, Ora John/Remington, Thomas F., 2009: Dominant Party Regimes and the Commitment Problem: The Case of United Russia, in: Comparative Political Studies 42, S. 501–526.
- Reuter, Ora John, 2013: Regional patrons and hegemonic party electoral performance in Russia, in: Post-Soviet Affairs 29, S. 101–135.
- Reuter, Ora John, 2010: The Politics of Dominant Party Formation: United Russia and Russia's Governors, in: Europe-Asia Studies 62, S. 293–327.
- Richter, James, 2009a: Putin and the Public Chamber, in: Post-Soviet Affairs 25, S. 39-65.
- Richter, James, 2009b: The Ministry of Civil Society? The Public Chambers in the Regions, in: Problems of Post-Communism 56, S. 7–21.
- Roberts, Sean P., 2012: United Russia and the Dominant-Party Framework: Understanding the Russian Party of Power in Comparative Perspective, in: East European Politics 28, S. 225–240.
- Rose, Richard/Mishler, William, 2009: How Do Electors Respond to an "Unfair" Election? The Experience of Russians, in: Post-Soviet Affairs 25, S. 118–136.
- Ross, Cameron, 2010: Federalism and Inter-governmental Relations in Russia, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics 26, S. 165–187.
- Ross, Cameron, 2012: Federalism and Defederalisation in Russia, in: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society, Milton Park/New York, S. 140–
- Sakwa, Richard, 2005: Perestroika and the Challenge of Democracy in Russia, in: Demokratizatsiya 13. S. 255–275.
- Sakwa, Richard, 2010: The Dual State in Russia, in: Post-Soviet Affairs 26, S. 185–206.

- Sakwa, Richard, 2012: Party and Power: Between Representation and Mobilisation in Contemporary Russia, in: East European Politics 28, S. 310–327.
- Schleiter, Petra/Morgan-Jones, Edward, 2008: Russia: The Benefits and Perils of Presidential Leadership, in: Elgie, Robert/Moestrup, Sophia (Hrsg.), Semi-presidentialism in Central and Eastern Europe. Manchester/New York, S. 159–179.
- Schleiter, Petra, 2013:Democracy, Authoritarianism, and Ministerial Selection in Russia, in: Post-Soviet Affairs 29, S. 31–55.
- Shevtsova, Lilia, 2003: Putin's Russia. Washington, D.C.
- Shugart, Matthew S./Carey, John M., 1992: Presidents and Assemblies: Constitutional Design and Electoral Dynamics, Cambridge.
- Slider, Darrell, 2012: Regional Governance, in: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society, Milton Park/New York, S. 153–163.
- Skach, Cindy, 2007: The "newest" separation of powers: Semipresidentialism, in: International Journal of Constitutional Law 5, S. 93–121.
- Simpser, Alberto, 2013: Why governments and parties manipulate elections. Cambridge.
- Smyth, Regina, 2002: Building State Capacity from the Inside Out: Parties of Power and the Success of the President's Reform Agenda in Russia, in: Politics & Society, 30, S. 555 578.
- Smyth, Regina, 2012: Political Preferences and Party-Development in Post-communist States, in: Demokratizatsiya 20, S. 113–132.
- Solomon, Peter H., JR., 2012: Law Courts and Human Rights, in: Graeme, J. Gill/Young, James (Hrsg.), Routledge Handbook of Russian Politics and Society, Milton Park/New York, S. 186–197.
- Steffani, Winfried, 1979: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie: Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien. Opladen.
- Steinsdorff, Silvia von, 1995: Die Verfassungsgenese der Zweiten Russischen und der Fünften Französischen Republik im Vergleich, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 26, S. 486–504.
- Stykow, Petra, 2006: Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung. Wiesbaden.
- Stykow, Petra, 2008: Die Transformation des russischen Parteiensystems: Regimestabilisierung durch personalisierte Institutionalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39, S. 772–794.
- Stykow, Petra, 2010: "Bunte Revolutionen" Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion?, in: Politische Vierteljahresschrift 51, S. 137–162.
- Stykow, Petra, 2013: Wahlen in autoritären Regimen: Die postsowjetischen Länder im Vergleich, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.), Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, S. 237–271. Suverennaja demokratija. Ot idei k doktrine. Moskva 2007.
- Taylor, Brian D., 2011: State Building in Putin's Russia: Policing and coercion after communism, Cambridge.
- Thorson, Carla, 2012: Politics, Judicial Review and the Russian Constitutional Court, Houndmills.
- Tompson, William, 2005: Putting Yukos in Perspective, in: Post-Soviet Affairs 21, S. 159–181.
- Trochev, Alexei, 2008: Judging Russia: Constitutional Court in Russian politics 1990–2006, Cambridge.
- Turovsky, Rostislav, 2011:Party Systems in Post-Soviet States: The Shaping of Political Competition, in: Perspectives on European Politics & Society 12, S. 197–213.
- Verfassung 1993: Konstitucija Rossijskoj Federacii, in: Rossijskaja gazeta, Nr. 197, 25.12.93; deutsche Übersetzung: http://www.constitution.ru/de (letzter Zugriff: 17.3.2013).
- Waldron, Jeremy, 2013: Separation of Powers or Division of Power?, in: Boston College Law Review 54, S. 433–468.

- Way, Lucan A., 2005: Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave: The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine, in: World Politics 57, S. 231–261.
- Wedel, Janine R., 2003: Clans, Cliques and Captured States: Rethinking ,Transition' in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union, in: Journal of International Development 15, S. 427–440.
- White, David, 2012: Re-conceptualising Russian Party Politics, in: East European Politics 28, S. 210-
- White, Stephen, 1997: Russia: Presidential Leadership under Yeltsin, in: Taras, Ray (Hrsg.), Postcommunist Presidents, Cambridge/York, S. 38–66.
- Willerton, John P., 2005: Putin and the Hegemonic Presidency, in: White, Stephen/Gitelman, Zvi/Sakwa, Richard (Hrsg.), Developments in Russian Politics 6. Houndmills, S. 18–39.
- Willerton, John P., 2005: Mikhail Beznosov und Martin Carrier, Addressing the Challenges of Russia's "Failing State": The Legacy of Gorbachev and the Promise of Putin, in: Demokratizatsiya 13, S. 219–239.
- Willerton, John P., 1992: Patronage and Politics in the USSR, Cambridge.
- Wilson, Andrew, 2005: Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World. New Haven.

Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft

Herausgegeben von Dr. Arno Mohr

Bisher erschienene Titel:

Barrios, Stefes: Einführung in die Comparative Politics Bellers, Benner, Gerke: Handbuch der Außenpolitik Bellers, Frey, Rosenthal: Einführung in die Kommunalpolitik Bellers, Kipke: Einführung in die Politikwissenschaft Bellers: Politische Kultur und Außenpolitik im Vergleich Benz: Der moderne Staat Bierling: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland Bötticher, Mareš: Extremismus Braun, Fuchs, Lemke, Toens: Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft Brummer, Oppermann: Außenpolitikanalyse Croissant, Kühn: Militär und zivile Politik Czerwick: Politik als System Deichmann: Lehrbuch Politikdidaktik Detjen: Politische Bildung Detterbeck, Renzsch, Schieren: Föderalismus in Deutsch-Freistein, Leininger: Handbuch Internationale Organisati-

Gabriel, Holtmann: Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland Glöckter-Fuchs: Institutionalisierung der europäischen Außenpolitik Gu: Theorien der internationalen Beziehungen Jäger, Haas, Welz: Regierungssystem der USA Kempf: Chinas Außenpolitik Krumm, Noetzel: Das Regierungssystem Großbritanniens Lauth: Vergleich politischer Systeme Lehmkuhl: Theorien internationaler Politik Lemke: Internationale Beziehungen Lenz, Ruchlak: Kleines Politik-Lexikon Lietzmann, Bleek; Politikwissenschaft

Maier, Rattinger: Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse

Mohr: Grundzüge der Politikwissenschaft Naßmacher: Politikwissenschaft

Pilz, Ortwein: Das politische System Deutschlands Rattinger: Einführung in die Politische Soziologie

Reese-Schäfer: Klassiker der politischen Ideengeschichte Reese-Schäfer: Politisches Denken heute

Reese-Schäfer: Politische Theorie der Gegenwart in achtzehn Modellen

Riescher, Ruß, Haas: Zweite Kammern

Rupp: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Sack: Regieren und Governance in der BRD Schmid: Verbände, Interessensvermittlung und

Interessensorganisation

Schubert, Bandelow: Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0 Schumann: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu

Schumann: Repräsentative Umfrage

Schwinger: Angewandte Ethik

Sommer: Institutionelle Verantwortung

Stockmann, Menzel, Nuscheler: Entwicklungspolitik

Tömmel: Das politische System der EU Waschkuhn: Demokratietheorien

Waschkuhn: Kritischer Rationalismus

Waschkuhn: Kritische Theorie

Waschkuhn, Thumfart: Politik in Ostdeutschland Waschkuhn: Grundlegung der Politikwissenschaft

Waschkuhn: Politische Utopien Waschkuhn: Pragmatismus

Westphalen: Deutsches Regierungssystem

Politische Systeme im Vergleich

Formale und informelle Institutionen Im politischen Prozess

Herausgegeben von Hans-Joachim Lauth

2014

DE GRUYTER